Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt). Ernst Wittmaack Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Münzstr. 3, Fernspr. 1587. Redaktion und Druckerei: Gr. Münzstr. 3. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 0 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf— Insertionsgebühr: die 7gespaltene Kolonelzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 1 Mk. Zeitungspreisliste Seite 429

Nr. 41. **Magdeburg, Freitag den 18. Februar 1910.** **21. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Arbeiter und Schutzmann.

Die imposante Ordnung der sozialdemokratischen Kundgebungen am letzten Sonntag ist in verschiedenen Städten von bewaffneten Fäusten gestört worden. Liest man die Berichte nicht bloß sozialdemokratischer, sondern auch bürgerlicher Berichterstatter über die polizeilichen Taten, die da und dort am Sonntag verübt wurden, so muß man geradezu entsetzt sein über die Verwirrung der Rechtsbegriffe, die sich in solchen Ausschreitungen offenbart. Und warum das alles?

Nirgends ist auf die hauenden, stechenden, reitenden Polizisten ein Angriff verübt worden; nirgends wurde die Ordnung gestört oder auch nur der Verkehr in empfindlicher Weise beeinträchtigt. Allerdings, es sind Straßendemonstrationen veranstaltet worden, und Straßendemonstrationen sind der preußischen Regierung sehr unbequem. Aber die Juristen des preußischen Staates zerbrechen sich noch immer vergeblich den Kopf darüber, mit welcher Paragraphenschlinge man solche friedlichen Straßendemonstranten einfangen kann. Selbst das Mädchen für alles, der grobe Unfugparagraph, verweigert den Dienst, und so ist man genötigt, zum Reichsvereinsgesetz zu greifen, das die Veranstalter und Leiter nicht genehmigter Aufzüge mit Geldstrafe bis zu 300 Mark bedroht, wobei allerdings wieder die peinliche Frage entsteht, wer als Veranstalter und Leiter einer solchen Kundgebung anzusehen ist. Denn die bloße Teilnahme macht noch nicht strafbar!

Angenommen, es befänden sich wirklich in einem Zuge von einigen tausend Menschen zwei oder drei Männer — „Hetzer und Verführer" nennt sie der Polizeijargon liebevoll —, die eine Geldstrafe bis zu 300 Mark verwirkt hätten — gibt das der Polizei ein Recht, sich wie toll in die unbewaffneten, friedlichen Massen zu stürzen und unter ihnen ein Blutbad anzurichten? Niemand bestreitet, daß die Polizei das Recht hat, Notwehr zu üben, und daß sie drüber hinaus die Pflicht hat, Leben und Ordnung gegen widerrechtliche Angriffe zu schützen! Aber das ist eben das Ungeheuerliche: am Sonntag sind alle widerrechtlichen Angriffe auf Leben und Ordnung von der Polizei ausgegangen. Und sollte wirklich am Dienstagabend in Neumünster, wie aus wenig zuverlässigen Berichten hervorzugehen scheint, der erste Angriff von seiten der Demonstranten ausgegangen sein, so wäre ein solcher bedauerlicher Vorfall nur eine schwache Fortsetzung dessen, was 2 Tage zuvor von der Polizei begonnen worden war. Auf Polizeiexzesse folgen Tumulte, das hat die Erfahrung schon oft gezeigt, aber ebenso gewiß ist, daß die Ordnung ungestört bleibt, wenn die Polizei keine „Ordnung" schafft.

Die Erbitterung, die nicht bloß die Arbeiterschaft, sondern auch alle einigermaßen anständigen bürgerlichen Kreise erfüllt, ist tief und berechtigt. Aber die Vergeltung für das Geschehene darf nun und nimmer auf dem Felde gesucht werden, auf dem sich die Polizei ihre Lorbeeren geholt hat. Es ist auch nicht zu wünschen, daß die einsichtigern Elemente unter der Schutzmannschaft verantwortlich gemacht werden für die Uebergriffe, die von ihren Kollegen verübt worden sind. Die schwerste Schuld trifft auch hier nicht die einzelnen Leute, sondern vielmehr das ganze preußische Polizeisystem, das auf militaristischer Grundlage beruht und den unbedingten Gehorsam heischt. Aber auch dieses System hat einem großen Teil der Polizisten den Sinn für Menschlichkeit und Recht nicht auszutreiben vermocht. Selbst unter der Pickelhaube gedeihen mitunter ganz vernünftige Gedanken, und in vielen Städten gehören zahlreiche ihrer Träger zu den zuverlässigsten sozialdemokratischen Reichstagswählern.

Nichts wäre darum verfehlter, als wenn sich die Arbeiterschaft durch die empörenden Vorgänge des letzten Sonntags in einen sinnlosen „Blaukoller" hineintreiben ließe. Richtig ist es vielmehr, kühl und kritisch zu unterscheiden. Ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis zu der wirklichen Schutzleuten ist der Arbeiterschaft durchaus erwünscht, den blinden Draufgängern aber wird sie das Handwerk zu legen wissen. Solche Elemente fürchten nichts so sehr wie die Oeffentlichkeit. Je sicherer es also gelingt, ihre Persönlichkeiten und Handlungen festzustellen und dem öffentlichen Urteil der Presse und des Parlaments zu überliefern, desto rascher wird dafür gesorgt werden, daß ihr schädliches Treiben ein Ende nimmt.

Die Arbeiter werden den Weg, den sie am 13. Februar beschritten haben, unerschütterlich weitergehen. Sollte man irgendwo irrtümlicherweise glauben, sie vergingen sich dadurch gegen das Gesetz, so werden sie für den Richter zu sprechen sein. Mit Schutzleuten werden sie sich verstehen. Von bewaffneten Ruhestörern werden sie sich aber nicht einschüchtern lassen. —

* * *

Wahlrechtsinterpellation im Reichstag.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat eine Interpellation eingebracht. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

> Was hat den Herrn Reichskanzler veranlaßt, in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 10. Februar d. J. Ausführungen zu machen, welche das in der Verfassung des Reiches und mehrerer Bundesstaaten gewährleistete allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht herabzusetzen und zu bedrohen geeignet sind?

Auf diese Weise wird also dem Ministerpräsidenten von Preußen Gelegenheit geboten, als deutscher Reichskanzler seine Verfemung des gleichen Wahlrechts zu unterstreichen oder abzumildern. Und vor allem wird im Reichstag den Wahlrechtsräubern Gelegenheit gegeben, Farbe zu bekennen! —

* * *

Die englische Antwort.

Der preußische Ministerpräsident hat die politische Reife des englischen Volkes hervorgehoben. Er wird sich daher gefallen lassen müssen, wenn jetzt die Wortführerin dieses englischen Volkes, die englische Presse, ihm Ratschläge und Winke gibt. Viele Komplimente wird er allerdings in den Spalten der englischen Zeitungen nicht finden; sogar die konservativen Blätter lachen ihn aus, wenn sie nicht gar von der erschreckenden Rückständigkeit des preußischen Ministerpräsidenten verblüfft sind.

Das einflußreichste Organ der Linksliberalen ist die „Daily News", die über die politischen Verhältnisse Deutschlands ausgezeichnet unterrichtet ist und deren Urteil in der Frage der preußischen Wahlrechtsreform sehr beachtenswert ist. Dieses Blatt schreibt zu den preußischen Wahlrechtsdemonstrationen wie folgt:

> Wenn in Preußen eine politische Demonstration abgehalten wird, so ist es Sitte, daß die Polizei das Demonstrieren besorgt. Was sie demonstriert, ist die politische Philosophie, wie sie zur Erbauung des Europas des 20. Jahrhunderts in der letzten Woche von Dr. v. Bethmann-Hollweg im preußischen Abgeordnetenhaus auseinandergesetzt worden ist, als er bei der Einführung der Parodie einer Wahlrechtsreformvorlage erklärte, daß sich die Regierung nicht von der öffentlichen Meinung beeinflussen lassen werde. Die Polizei demonstriert dies gewöhnlich mit dem flachen Säbel, zuweilen auch mit der scharfen Seite. . . .
>
> Preußen scheint in der Tat dort zu stehen, wo es bisher stand. . . . Es ist wahr, daß die Bewegung gegen das bestehende System in Preußen beständig an Umfang und Tiefe wächst, und jede Unterdrückungsmaßregel wie die gestern organisierte Volksreizung macht die Lage gefährlicher denn zuvor. So oft er auch aufgeschoben werden mag, ein ernstlicher Bruch muß kommen, wenn die herrschenden Klassen nicht nachgeben, und nie haben diese Klassen weniger Neigung dazu bewiesen. . . . Die Gegner haben sich vollständig festgefahren und niemand kann den Ausgang vorhersehen, nur das ist sicher, daß ein solcher Konflikt zwischen fundamentalen Prinzipien nicht auf friedlichem Wege gelöst werden kann.

Mit dieser Ansicht steht die liberale Presse Englands nicht allein da. Auch der über deutsche Verhältnisse sehr gut informierte konservative „Daily Telegraph" schreibt:

> Es würde falsch sein, vorauszusetzen, daß die ganze Wählerschaft, die die sozialistischen Kandidaten unterstützt, kommunistischen Prinzipien huldigt oder diesen Ideen geneigt ist. Ohne Zweifel ist dies bei der großen Mehrheit der Fall, aber die Sozialisten haben auch einen sehr großen Anhang, weil sie die einzige Partei bilden, die gegen das bestehende Regime kräftig protestiert. Es kann nicht ernsthaft bestritten werden, daß die ungeheure Mehrheit des preußischen Volkes energisch für ein Wahlrecht ist, das viel liberaler ist als das, worauf sie auf viele Jahre hinaus hoffen kann, wenn die augenblickliche Majorität im Abgeordnetenhaus ihren Willen durchsetzt, und diese Volksschichten wenden sich augenscheinlich immer mehr der einzigen Partei zu, die eine wirklich lebhafte Agitation zugunsten der Reform betreibt. Wenn diese Tendenz anhält und die Erbitterung fortfährt, sich auszubreiten, so können leicht sehr ernstliche Zustände daraus resultieren.

Man sieht aus diesen Preßstimmen, daß das politisch reife England sehr wohl weiß, wohin die Entwicklung führen muß, wenn man weiter versuchen sollte, das Preußenvolk nach zaristischen Grundsätzen zu regieren, auf die die öffentliche Meinung keinen Einfluß habe. Die herrschenden Klassen Englands haben ihre politischen Grundsätze aus der Erfahrung geschöpft; sie haben die Gliederschmerzen des politischen Wachstums durchgemacht. Zwei Revolutionen haben ihnen den Respekt vor dem Grundsatz der großen Volksbataillone eingeimpft. Der preußische Ministerpräsident, der sich so gern auf England beruft, dürfte keine bessern Lehrmeister finden, als die herrschende Klasse Englands, die nicht wartet, bis ihr das Dach über dem Kopfe zusammenfällt.

Deutschlands und Preußens Ruf im Ausland, sagt der Ministerpräsident, werde durch die preußische Wahlrechtsagitation gefährdet. Daß Deutschland durch Preußen im Auslande den schlechtesten Ruf von allen Großmächten genießt, kann jeder im Ausland lebende Deutsche bezeugen. Aber es ist lächerlich, die jetzige Wahlrechtsbewegung dafür verantwortlich zu machen. Seit dem wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands sind die großen Blätter des Auslands ebenso gut über die Tagesereignisse in Berlin informiert wie über die Vorgänge in London, Paris und Neuyork. Und daß unter diesen Umständen das Säbelregiment in der Hauptstadt Preußens als eine Illustration des deutschen Lebens hingestellt wird, ist ganz natürlich.

Die oft angerufenen Deutschen im Ausland sind von den in Preußen herrschenden rückständigen Zuständen, durch die sie der Geringschätzung seitens der Bewohner der westeuropäischen Staaten ausgesetzt sind, keineswegs erbaut. Es ist wahrlich eine Schande, daß Deutschland mit seiner hochzivilisierten Bevölkerung von seinen Nachbarn als eine Art Vorrußland betrachtet werden kann. —

Das Arbeitskammergesetz.

Von der Regierung ist dem Reichstag wieder der Arbeitskammer-Gesetzentwurf mit Berücksichtigung einiger Beschlüsse der Reichstagskommission vom Jahre 1909 zugegangen. Der Entwurf zeigt somit dieselben Mängel, die wir bei seinem ersten Erscheinen im Jahre 1908 hervorhoben. Die Organisation, die hier geschaffen werden soll, wird zu keinem Einfluß gelangen, da die Zersplitterung der Kammer nach Berufen die Bedeutung der Körperschaften herabdrücken muß. Wirksam kann die Arbeitskammer nur kommen, wenn alle Berufe innerhalb eines Bezirks zu einer Organisation zusammengefaßt werden und dann in der Ausgestaltung der innern Organisation die Berufsgliederung erfolgt. Es ist nicht einzusehen, weshalb nicht ähnlich wie bei den Handwerks-, Handels- und Gewerbekammern der allgemeine Zusammenschluß aller Berufsgruppen erfolgen soll, es sei denn, daß man im Reichsamte des Innern der Abneigung tonangebender Unternehmerkorporationen entgegenkommen und der Arbeitskammer die Fähigkeiten einer kräftigen Entwicklung versagen will.

Wie berechtigt der Einwand gegen die berufliche Gliederung der Arbeitskammer ist, erhellt schon aus dem Hinweis, daß wir eine sehr ungleiche Verteilung der einzelnen Gewerbe in Deutschland haben und in einigen Bezirken für bestimmte Industrien die Bildung einer Kammer gar nicht möglich ist, weil das Gewerbe hier viel zu schwach vertreten ist. Leider ist auch der Fehler des frühern Entwurfs aufrechterhalten, daß die Handlungsgehilfen vom Gesetz ausgeschlossen sind. Diese Absonderung der Industriearbeiter von den übrigen Angestellten in Industrie und Handel ist durchaus unbegründet. Desgleichen muß gegen das Ausscheiden der Techniker und Betriebsbeamten aus der Organisation der Arbeitskammer Protest erhoben werden. Erst vor kurzem hat der soziale Ausschuß der Privatbeamten, der heute 100 000 organisierte Angestellte vertritt, den Grundsatz aufgestellt: Für alle in Industrie und Handel Tätige eine gemeinsame Kammer mit besonderer Abteilung und Wahlkörper für die einzelnen Kategorien der Angestellten. Diesen Standpunkt haben die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion in der Kommission des Reichstags seinerzeit vertreten, leider fanden sie mit ihren Anträgen keine genügende Unterstützung bei den bürgerlichen Parteien. Der Berufsdünkel der Privatbeamten, den die bürgerlichen Parteien für ihre politischen Zwecke dienstbar machen wollen, verschwindet zum Glück immer mehr, und die sozialpolitische Erkenntnis bricht sich Bahn, daß der Lohnarbeiter, in welcher Stellung er auch sei, nicht in sozialer Klassenscheidung im Kampfe gegeneinander einen Vorteil erhaschen kann, sondern nur in gemeinsamem Streben nach sozialer Besserstellung.

Ausgeschieden sind ferner von der Vertretung in der Kammer die Arbeiter der Militär- und Marine-Werkstätten. Die Einrichtungen unsrer Staatswerkstätten sind gar nicht so musterhaft, daß nicht eine Arbeitskammer auch hier einen günstigen Boden für ihre Tätigkeit fände. Weshalb sollen die Arbeiter der Staatsbetriebe mindern Rechtes sein als die übrigen Arbeiter?

Die Aufgaben der Arbeitskammer sind entsprechend den Beschlüssen der Reichstagskommission etwas erweitert. Die Kammer kann auf Anrufen der Beteiligten beim Abschluß von Tarifverträgen mitwirken, sie kann die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise fördern, sie kann Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeiter zum Zwecke haben, anregen, und an der Verwaltung mitwirken, sie soll bei Erlaß von Ausnahmen betreffend

die Sonntagsruhe, bei Erlaß von Bundesratsverordnungen insbesondere auch bei der Festsetzung eines sanitären Maximalarbeitstages gehört werden, sie kann auf Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden bei Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse Gutachten erstatten und schließlich kann sie Umfragen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse ihres Bezirks selbständig veranstalten.

Ablehnend verhält sich der Entwurf zu den früheren Beschlüssen der Kommission, das Wahlrecht zur Arbeitskammer mit dem 21. Jahre zu gewähren, er beläßt es bei dem 25. Jahre. Dagegen wird das Proportionalwahlrecht aufrechterhalten. Man sieht, daß der Staatssekretär Delbrück, der ehemalige preußische Minister für ein sehr fortgeschrittenes Wahlrecht eintreten kann, wenn keine Junkerinteressen in Frage stehen. Aber mit großer Entschiedenheit wendet sich die Begründung des Entwurfs gegen den Kommissionsbeschluß, den Beamten und Vorsitzenden beruflicher Arbeiterorganisationen das passive Wahlrecht zu gewähren, man hofft wohl einen größeren Einfluß auf die Arbeiter ausüben zu können, wenn sie in der Kammer ihren Arbeitgebern persönlich gegenüberstehen.

Im Gegensatz zu dem Proportionalrecht in der Klasse der Arbeitnehmer vertritt man wieder in der Klasse der Unternehmer das Pluralwahlrecht. Es können den Großindustriellen mehrere Stimmen nach der Zahl der in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeiter gewährt werden; natürlich zu dem Zwecke, daß nicht etwa die kleinen Handwerker die Großen überstimmen. Je nach dem Bedürfnis der Großindustrie wechselt man im Ministerium des Innern die Stellung. Von den übrigen Bestimmungen sei noch hervorgehoben, daß die Kammer von der Landeszentralbehörde nach deren Ermessen errichtet wird, die Vertretung in der Kammer muß zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen, den Vorsitz führt ein von der Aufsichtsbehörde ernannter Beamter.

Die Kosten werden von der Gemeinde getragen; diese kann aber die Beträge auf die Unternehmer und Arbeiter umlegen, dieser Zwangsbeitrag kann dem Arbeiter vom Lohn abgezogen werden.

Mit sehr freudigem Gefühl wird die Arbeiterschaft kaum den Entwurf aufnehmen. So wie das Gesetz die Organisation der Arbeitskammer vorsieht, verspricht sie keinen wirkungsvollen Eingriff zugunsten des sozialen Fortschritts. Vor allem ermangelt ihr eine offene unbeeinflußte Vertretung der Arbeiterschaft, die nur erreicht werden kann in einer Korporation, in der die Arbeiter voll zur Geltung kommen, ohne Aufsicht und Bevormundung der Unternehmer. So wie in der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer die Unternehmer ihre Interessen selbst regeln, haben auch die Arbeiter das Recht zu beanspruchen, die Sachwalter ihrer eignen Angelegenheit zu sein. Mit der Errichtung der Arbeitskammer hängt aber [illegible] eines Reichsarbeitsamtes zusammen. Auch diese Reichs[illegible] Mitwirkung der Arbeiter der Sozialpolitik die Wege geebnet und bei Ausarbeitung des Gesetzes auch Männer der Praxis beigegeben werden.

Allerdings muß die Hoffnung, solche Forderungen erfüllt zu sehen, einstweilen zurückgestellt werden, denn der Geist, der heute an den obersten Reichsstellen herrscht, ist dem sozialpolitischen Fortschritt nicht günstig. Haßt er doch überhaupt alles, was Fortschritt heißt! R. S.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 17. Februar 1910.

Bethmann-Hollweg bei den Agrariern.

Wenn der Februar ins preußische Land zieht, lassen sich die prominentesten Agrarier von den D-Zügen nach dem Sündenbabel Berlin tragen. Einige von ihnen halten Vorträge und Reden für die notleidende Landwirtschaft; die Masse amüsiert sich und sündigt um die Wette. Die Bars und Ballsäle richten sich in diesen Februarwochen auf den notleidenden Besuch besonders prunkvoll ein.

Ein Festmahl löst derweil das andre ab und immer haben die Landherren hohen Besuch. Den höchsten beim Festmahl des Landwirtschaftsrats. Hier hat der Reichskanzler selber zu erscheinen und als Regierender vor den wirklich Regierenden seine Verbeugung zu machen.

Folglich saß am Mittwoch abend Bethmann-Hollweg an der Tafel und versicherte seinen Herren, daß er ihre Politik der Bereicherung des Großgrundbesitzes weiter betreiben werde. Es würde ihm in jenem Kreise übel mitgespielt werden, wenn er etwas andres sagen oder tun wollte! Und danach kam folgende Klage:

> Zwischen Saat und Ernte liegt auch in der Politik eine lange Zeit, und wer bei schlechtem Wetter gleich das Vertrauen verlieren wollte, der taugte zum Staatsmann so wenig wie zum Landwirt. All die Hagelschläge der Kritik, die auf mich niedersausen, machen mich nicht irre, wobei mir als Beruhigung nicht so sehr der schon etwas abgetragene Mantel des Philosophen dient, den mir freundliche Kommentatoren immer wieder um die Schultern hängen (große Heiterkeit), als die Ueberzeugung, daß mir die Pflicht gegen Kaiser und Reich zu handeln gebietet, wie ich handle. (Lebhafter Beifall.) Vor Ihnen, meine Herren, die Sie aus allen Gauen unseres Vaterlandes, auch aus dem Süden her zusammengekommen sind, betone ich hier besonders gern die Pflicht gegen das Reich. Sie wissen, um die Angriffe besonders scharf und verletzend zu machen, stempelt man mich zum preußischen Partikularisten und sagt mir Mißachtung süddeutschen Wesens nach. Ich wüßte nicht, wie ich deutlicher denken könnte, als wenn ich Preußens Beruf, wie ich es neulich ausgesprochen habe, darin erblicke, sich selbst stark zu erhalten, dann aber seine Stärke in den Dienst des Reiches zu stellen. (Bravo!) Und wenn ich neben die Eigenart Bayerns, Schwabens und Sachsens auch die Preußens als berechtigt hingestellt habe, so glaube ich, meine Herren, darin gerade von deutschen Landwirten richtig verstanden zu werden. (Sehr richtig!)

Jeder Mensch ist abhängig, hat Bethmann-Hollweg erklärt. Er sprach als Abhängiger vor den Agrariern, die sein Beamtenschicksal in der Hand haben. Seine Entschuldigung hat sonach wenig Wert. Sie wird ganz besonders wenig in Süddeutschland verfangen.

Denn Bethmann-Hollweg hat in seinem verschlissenen Philosophenmantel erklärt, die politischen Sitten verwilderten um so mehr, je demokratischer das Wahlrecht beschaffen. Südlich des Mains herrscht für die Landtage aber ein demokratisches Wahlrecht. Folglich bleibt die Mißachtung süddeutschen Wesens bestehen und die Quittung für diese Einschätzung wird dem Kanzler des Reiches noch überreicht werden. Was er bisher erhalten, war erst eine ganz unzureichende Einleitung. —

Der Kali-Bund.

Der 14. und 15. Februar waren schwarze Tage für den Bund der Landwirte. Seine Stellungnahme zum Kaligesetzentwurf wurde im Reichstag einer vernichtenden Kritik unterzogen, kaum jemals konnte die bauernfeindliche und großkapitalistische Politik der Bundesführer so greifbar nachgewiesen werden, wie es in diesen Tagen geschah. Um die Enthüllung dieses Treibens der Bundesleitung nicht bis zum Reste vollziehen zu lassen, griffen die Mehrheitsparteien zu dem Mittel, wider alle Gepflogenheit die erste Lesung des Kaligesetzentwurfs durch Schlußanträge gewaltsam zu beenden. In den Kreisen der Nationalliberalen dürfte dieser Liebesdienst für den Bund der Landwirte nicht allgemein Zustimmung und Anerkennung finden. Daß er von Nationalliberalen geleistet wurde, läßt sich nur aus dem Einfluß der Kaliinteressenten innerhalb dieser Fraktion erklären.

Wie aber konnte der Zentrumsabgeordnete Dr. Heim ohne Widerspruch zulassen, daß die Zentrumsfraktion die Annahme des Schlußantrags unterstützte und ermöglichte? Dr. Heim hatte am ersten Tage der Verhandlung seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß die Landwirtschaft sich über den Kaligesetzentwurf sehr wenig erregt gezeigt hat. „Es gibt eben Vertreter von Bauern, die gleichzeitig Kali-Interessenten sind, und eine solche Interessenverquickung ist immer verhängnisvoll. Tatsächlich müßte unsre Landwirtschaft durch diesen Gesetzentwurf alarmiert werden." Diese Worte sprach derselbe Dr. Heim, der am Tage darauf den Versuch, die Landwirtschaft zu alamieren, verhindern half. Er hat in seiner Rede die Ursache der allzu stillen Behandlung der Kalivorlage durch den Bund der Landwirte angedeutet, wenn er nicht näher darauf einging, so war der Grund dafür nicht mangelnde Kenntnis der Zusammenhänge und nicht Redeunlust, sondern Rücksichtnahme auf die getreuste Bundesgefolgschaft des Zentrums, dessen offizieller Redner er war.

Was er zu tun unterließ, haben der freisinnige Abgeordnete Gothein und vor allem der Redner der Sozialdemokratie, Genosse Hue gründlich nachgeholt, unzweifelhaft und zahlenmäßig wurde der Nachweis geführt, daß der Bund der Landwirte für eine Gesetzesvorlage eintritt, deren Durchführung für die deutsche Landwirtschaft eine starke Verteurung ihres Kalibedarfs bewirken muß. Dem Bundeshäuptling Rösicke gelang es nicht und konnte es nicht gelingen, diese Tatsache abzustreiten, sowenig er ableugnen konnte, daß der Kasse des Bundes durch seine Verquickung mit dem Kalisyndikat jährlich Hunderttausende zufließen, die aber nicht den Kalibezirken zugute kommen, sondern zu politischen Zwecken Verwendung finden. Alle Einwände des agrarischen Redners dagegen erwiesen sich als leere Ausflüchte, es bedarf nur der Feststellung, daß der Bund der Landwirte seine Mitglieder der Auswucherung durch das Kalisyndikat schon zu einer Zeit auslieferte, da von den außersyndikatlichen Verkäufen nach dem Ausland noch gar nicht die Rede war. Im Sommer des Jahres 1908 wurde der Hauptvertrag zwischen dem Bunde und dem Kalisyndikat geschlossen, durch den der Bund die Verpflichtung übernahm, dafür zu sorgen, daß seine Mitglieder ausschließlich ihren Kalibedarf bei dem Syndikat zu beziehen haben: für den Fall, daß ein Mitglied neben den Käufen bei dem Syndikat irgendein Quantum Kali auch noch von andrer Seite bezieht, wird ihm der sonst zustehende Rabatt auf die vom Syndikat gekaufte Menge nicht ausbezahlt.

Als der Bund der Landwirte dann zum Erwerb von Kalifeldern schritt, um ein eignes Kaliwerk zu errichten, begründete er dieses Unternehmen damit, daß er Einfluß auf das Kalisyndikat und seine Preispolitik erlangen wollte. In der sozialdemokratischen Presse ist dieses Vorgehen gegenüber den Börsenblättern damals sehr entschieden verteidigt worden, aber bald erwies sich, daß der Bund nach seiner völligen Einigung mit dem Syndikat die Interessen der Landwirtschaft preisgab und sich grundsätzlich mit einer Erhöhung der Inlandpreise für Kali einverstanden erklärte.

Das geschah gleichfalls zu einer Zeit, in der an eine Sprengung des Syndikats gar nicht gedacht wurde, sondern in der man an eine glatte Erneuerung des Syndikatsvertrags glaubte. Es ist erwiesen und kann nicht abgeleugnet werden, daß die Leitung des Bundes der Landwirte den großkapitalistischen Kaliinteressenten ein Monopolgeschenk auf Kosten der deutschen Bauern machen will, um die enormen Provisionen, die das Syndikat zahlt, für die Bundeskasse zu retten. —

Deutschland.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags erklärte am Mittwoch die Wahl des Abgeordneten v. Kaphengst (kons., Ost- und West-Sternberg) für ungültig. Auch die Wahl des Abgeordneten Arnstadt (kons., Mühlhausen-Langensalza) wird für ungültig erklärt werden. Die Prüfung ist in der ersten Sitzung der Wahlprüfungs-Kommission zu Ende geführt worden. Die Zählung der Stimmen, die inzwischen stattgefunden hat, hat ergeben, daß ihm nach Abzug der nach den Beschlüssen der Kommission für ungültig zu erklärenden Stimmen 30 Stimmen an der Mehrheit fehlen. Die Kommission wird den Kassierungsbeschluß morgen fassen. —

Junkerliche Provokationen. Ein Antrag auf Verschärfung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses ist wider Erwarten nun doch eingebracht worden, der indes keine näheren Angaben und Vorschläge über die Art der Aenderung enthält. Der Antrag, der von der gesamten konservativen Partei unterschrieben ist, hat folgenden Wortlaut: „Das Haus wolle beschließen, seine Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß wirksame Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Hauses und zur Einschränkung von Reden, welche die Zeit des Hauses ungebührlich in Anspruch nehmen, getroffen werden." —

Ende des Zollkriegs mit Kanada. Im kanadischen Parlament gab Finanzminister Fielding bekannt, daß ein provisorisches Handelsabkommen zwischen Kanada und Deutschland geschlossen ist, wodurch der 12jährige Zollkrieg am 1. März zu Ende geht. Dem Abkommen gemäß wird der kanadische Zollaufschlag auf deutsche Waren aufgehoben und der Generaltarif in Kraft gesetzt. —

Der Seniorenkonvent des Reichstags trat am Mittwoch vor der Plenarsitzung zusammen und verständigte sich dahin, daß nach dem Schwerinstag, an dem der Toleranzantrag des Zentrums zur Verhandlung kommt, der Rest der Woche und die ganze nächste Woche dem Etat des Reichsamts des Innern vorbehalten bleibt. Dazwischen wird nur eingeschoben werden die Verhandlung der sozialdemokratischen Interpellation, die sich auf die Aeußerungen des Ministerpräsidenten von Bethmann-Hollweg bei der Wahlrechtsverhandlung des Abgeordnetenhauses über das Reichstags-Wahlrecht bezieht. —

Der Kampf um die Elberfelder Stadthalle. Die Elberfelder Stadtverordneten-Versammlung hatte am Dienstag nochmals zu entscheiden über die Frage, ob der sozialdemokratischen Partei die Stadthalle zu Versammlungen zur Verfügung gestellt werden soll, da der Oberbürgermeister Einspruch gegen den ersten, die Frage bejahenden Beschluß erhoben hatte. Mit allen gegen 5 Stimmen hielt die Stadtverordneten-Versammlung ihren ersten Beschluß aufrecht. Nun soll die Entscheidung des Bezirksausschusses und eventuell des Oberverwaltungsgerichts herbeigeführt werden. Der Oberbürgermeister berief sich auf den Fall Kummer in Kolberg, in dem das Oberverwaltungsgericht schon entschieden habe. Es wurde ihm von unserm Genossen Lambs erwidert, daß in dem Kolberger Fall es sich um ein Disziplinarverfahren gehandelt habe, der Fall schon alt sei und sich in Pommern zugetragen habe; er könne nicht als maßgebend für den Elberfelder Fall erachtet werden. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 17. Februar.

Polizei und Samariter.

Gegen das rigorose Vorgehen der Magdeburger Polizei, selbst gegenüber den Arbeiter-Samaritern, hat der Vorsitzende der Magdeburger Arbeiter-Samariter-Kolonne, Genosse Strunk, an den Polizeipräsidenten folgende Beschwerde gerichtet:

> Der ergebenst Unterzeichnete gestattet sich im Auftrage der Arbeiter-Samariter-Kolonne für Magdeburg und Umgegend beschwerdeführend an das Königliche Polizei-Präsidium zu wenden über die rücksichtslose Behandlung der Polizeibeamten gelegentlich der am Sonntag den 13. Februar erfolgten polizeilichen Maßnahmen am Ulrichstor und den Glacisanlagen, gegenüber den von den Polizeibeamten verletzten Passanten und die zur Hilfeleistung dienstbereiten Samariter. Die Ausübung des Samariterdienstes wurde uns unmöglich gemacht, trotzdem die Mitglieder der Kolonne kenntlich an einer weißen Armbinde sind und jedes Mitglied mit einer Legitimationskarte ausgerüstet war. Wir wurden im Gegenteil von den Verwundeten fortgerissen und mußten sie entgegen unsrer Aufgabe ihrem Schicksale überlassen. Selbst unserm wiederholten Ersuchen um Anlegung von Notverbänden wurde nicht entsprochen.
>
> Indem wir uns der Hoffnung hingeben, daß das Königliche Polizei-Präsidium bei ähnlichen Anlässen Anweisung an die aufsichtführenden Beamten ergehen lassen wird, damit uns in der Ausübung des Samariterdienstes keinerlei Schwierigkeiten gemacht werden, sieht einem diesbezüglichen Bescheid entgegen und zeichnet
>
> (Unterschrift).

Wir schließen uns der Hoffnung an, daß die Polizeibeamten endlich genügende Instruktion bekommen, um solche Zwischenfälle zu vermeiden. —

Die Privatangestellten und die staatliche Pensionsversicherung.

Die gemeinsam von den verschiedenen Privatangestellten-Vereinen Magdeburgs zum Mittwoch abend nach dem „Hofjäger" einberufene öffentliche Versammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete Dr. Potthoff (Düsseldorf) einen Vortrag über „Die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten" hielt, war überaus stark besucht. Neben einer größern Anzahl von Arbeitgebern aus Handel und Industrie war auch erfreulicherweise das weibliche Geschlecht zahlreich vertreten.

Herr Potthoff überbrachte zunächst die Grüße seines Kollegen Kobelt, der gern selbst gekommen wäre, aber durch eine Mittelstandsversammlung in Berlin abgehalten sei. Hierauf schilderte der Referent, wie im Laufe der Jahre durch die Großbetriebe die Verhältnisse der Privatangestellten sich geändert hätten. Viele Hunderttausende der Privatangestellten hätten heute keine Aussicht mehr, aus ihrem Stande herauszuwachsen oder gar selbständig zu werden. Aus dieser veränderten Situation sei als erste und bedeutsame Forderung das Verlangen nach einer staatlichen Pensionsversicherung hervorgegangen.

Redner entwickelte den Werdegang dieser Forderung, die durch den fortwährenden Ministerwechsel immer wieder zurückgestellt worden sei. Hierbei deutete Herr Potthoff an, daß der Sieg Bülows bei den letzten Reichstagswahlen nicht zum wenigsten dem Eintreten der Privatbeamten zu danken gewesen sei. Trotzdem hätten diese nichts, rein gar nichts erreicht. Theoretisch, meinte Redner, sei es das beste, wenn die Versicherung der Privatangestellten an die allgemeine Reichsversicherungsordnung angeschlossen würde, denn es gebe heute sicher Hunderttausende von Angestellten, die sich in ihrem Gehalt von dem Einkommen eines gelernten Arbeiters nicht unterscheiden. Der Beifall, der bei diesen Worten dem Redner gezollt wurde, bewies, daß auch in den Köpfen der Privatangestellten allmählich moderne Ansichten Platz zu greifen beginnen.

Im übrigen sollten, so führte der Vortragende schließlich noch aus, die Privatangestellten durch organisierte Massenwirkung die Regierung veranlassen, mit ihren Vorschlägen an das Licht des Tages zu kommen.

In der Diskussion unternahmen es die Genossen Mössinger und Fresino, an den bestehenden Versicherungsgesetzen Kritik zu üben, vor einer Zersplitterung zu warnen und aufzufordern, alles daranzusetzen, daß die gewünschte Versicherung an die allgemeine Reichsversicherung angegliedert wird.

Entgegen den Anschauungen eines Deutsch-Nationalen betonte Herr Potthoff in seinem Schlußworte, die Angestellten dürften niemals vergessen, daß sie, um die großen Kulturfragen lösen zu können, Hand in Hand und Schulter an Schulter mit den Handarbeitern zu gehen hätten.

Folgende Resolution fand schließlich einstimmige Annahme:

> Die von 2500 Personen besuchte Versammlung gibt ihrem Bedauern und ihrem Befremden darüber Ausdruck, daß nach der Erklärung des Herrn Staatssekretärs des Innern am 17. Januar im Reichstag die Einführung der staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten wiederum ins Ungewisse hinausgeschoben worden ist. Demgegenüber müssen diese festhalten an ihrer Forderung, auf die sie nach Lage ihrer Verhältnisse und nach ihrem Anteil an der wirtschaftlichen Arbeit des Volkes ein Recht haben. Sie können sich nach dem Vergangenen, nach der gewaltigen bis jetzt bereits geleisteten Vorarbeit und nach den von der Regierung gemachten Versprechungen nicht mehr mit einer unbestimmten Hoffnung trösten lassen, sondern müssen auf die Erfüllung einer Forderung dringen, die als berechtigt und begründet anerkannt worden ist und deshalb nicht mehr zurückgestellt werden kann.
>
> Die Versammelten richten an das Reichsamt des Innern, an den Herrn Reichskanzler, an den Bundesrat das dringende Ersuchen, die sofortige Ausarbeitung und Vorlegung eines Gesetzentwurfs anordnen zu wollen.

Vielleicht dürfte es sich empfehlen, für spätere Veranstaltungen ähnlicher Art einen etwas weniger nervösen Vorsitzenden zu ernennen. —

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 41. Magdeburg, Freitag den 18. Februar 1910. 21. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

37. Sitzung.

Berlin, 16. Februar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Ein schleuniger Antrag Ablaß u. Gen. (Freis. Vp.) auf Einstellung eines Verfahrens gegen den Abg. Spethmann (Freis. Vp.) für die Dauer der Session wird debattelos angenommen.

Das Arbeitskammergesetz.

Abg. Dr. Will (Ztr.): Die Kommission wünschte auch eine Standesvertretung der kaufmännischen und technischen Angestellten. Sie wünschte ferner, daß die Errichtung der Arbeitskammern vom Bundesrat, nicht von der Landes-Zentralbehörde anzuordnen sei. Diesen Wünschen ist im Entwurf nicht Rechnung getragen. Die Kommission wollte auch das aktive Wahlrecht mit dem 21., das passive mit dem 25. Lebensjahr verleihen. Der Entwurf setzt aber das Alter wieder auf das 25. resp. 30. Lebensjahr hinauf. Auf der Wählbarkeit der Arbeitersekretäre müssen die Arbeiter bestehen. Dieses um so mehr, als die Unternehmer in der Lage sind, ihre Betriebsleiter in die Kammern zu bringen. Bleiben die Arbeitersekretäre ausgeschlossen, so können die Kammern ihren Zweck, Frieden zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen, nicht erfüllen.

Der Widerstand des Zentralverbandes der Industriellen

darf für uns nicht maßgebend sein. Einer Kommissionsberatung werden wir uns nicht widersetzen. (Bravo! i. Ztr.)

Abg. v. Winterfeldt-Menkin (kons.): Die Arbeitersekretäre können nicht zu den Arbeitskammern zugelassen werden, weil sie bezahlte Angestellte der Arbeiter sind. (Bravo! rechts.)

Abg. Horn (natl.): Wir wünschen sorgfältige Prüfung der Bedürfnisfrage, damit die Arbeitskammern nicht wie Pilze aus der Erde schießen. Die Errichtung sollte dem Bundesrat unterstellt werden, wie die Kommission es wünschte. Bedauerlich ist der Ausschluß der technischen Angestellten. Die Angestellten der Arbeiterorganisationen können nicht ständige Mitglieder der Arbeitskammern sein. Wo es nötig ist, kann ihr Rat jederzeit eingeholt werden.

Abg. Naumann (Freis. Vg.): Ob die Arbeitskammern großen Einfluß auf die Tariffragen gewinnen werden, steht dahin. Die wirklich wirksamen Tarifverträge sind bisher die gewesen, die von den beteiligten Arbeitern und Arbeitgeberorganisationen ohne Dazwischenkunft Dritter abgeschlossen worden sind. Allerdings, wo es an kräftigen Organisationen mangelt, also namentlich in der Heimindustrie, können die Arbeitskammern für den Abschluß von Tarifverträgen wichtig werden. Ein Grund, weshalb wir erneute Kommissionsberatung wünschen, ist u. a. die Frage der Einbeziehung der Techniker, Werkmeister usw. Sie ist von größter Bedeutung. (Sehr richtig! links.) Auch die Frage, wie weit das freie Ermessen der Landesbehörden zu gehen hat, bedarf eingehender Kommissionsprüfung. Das Wahlalter muß auf 21 Jahre herabgesetzt werden, wenn die Kammer für die Arbeiterinnen überhaupt eine Bedeutung haben soll. Wir sind ferner grundsätzlich für die Oeffentlichkeit der Verhandlungen. Die

Mitarbeit der Arbeitersekretäre

wäre sehr zweckförderlich. Die Arbeiter selbst können zu leicht entlassen werden, wenn sie einmal etwas Unbequemes sagen, und wer soll sich dann noch wählen lassen? Höchstens ein allergetreustes Mitglied einer gelben Gewerkschaft. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Sind etwa die Arbeitersekretäre nicht friedliebend? Wie würden es heute im deutschen Bergbau aussehen, wenn wir nicht die Arbeitersekretäre, die Disziplin und Organisation bei den Arbeitern hätten? (Sehr richtig! b. d. Soz.) Man soll nicht sagen, die Arbeitersekretäre seien keine Arbeiter, sie sind ein Bestandteil der Arbeiterschaft! Ich kann den Widerstand der Regierung nicht verstehen. (Lebh. Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Vertretung der Techniker durch fachliche Organisation ist nicht angängig, daher mußten sie von diesem Gesetz ausgeschlossen werden. Ob die Errichtung der Kammern den Landesbehörden oder dem Bundesrat übertragen wird, ist eine untergeordnete Frage. Die Eisenbahnarbeiter sowie die Arbeiter des Heeres und der Marine mußten ausgeschlossen werden, weil es sich bei diesen Gruppen nicht um gewerbliche Arbeiter handelt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Das erste Erfordernis für eine erfolgreiche Tätigkeit der Kammern ist, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich am neutralen Ort unter einem neutralen Vorsitzenden zusammenfinden. Die Verhandelnden müssen unabhängig und an kein Programm gebunden sein. Dieses ist aber bei den Arbeitersekretären nicht der Fall. Sie hindern deshalb eine begutachtende Tätigkeit. Allerdings erkenne ich die Notwendigkeit von Arbeitersekretären an und stehe sogar zu vielen von ihnen in guten und freundschaftlichen Beziehungen. (Heiterkeit b. d. Soz.) An dem Wahlalter müssen wir festhalten, eine gewisse Reife müssen wir verlangen. Wenn Sie das Zustandekommen des Gesetzes nicht verhindern wollen, so verlassen Sie den paritätischen Boden nicht!

Abg. Legien (Soz.): Die Einwendung der verbündeten Regierungen muß man schon vom Standpunkte des Zentralverbandes der deutschen Industriellen betrachten! (Sehr richtig! b. d. Soz.) Gegenüber dem vorjährigen Entwurf und den Beschlüssen der Kommission ist es ein starkes Stück, diesen Entwurf einzubringen. Hat etwa die Regierung

auf eine Schwenkung des Zentrums gerechnet,

wie bei der Finanzreform? Nach den Darlegungen des Zentrumsvertreters hätte sie sich allerdings getäuscht. Die ganze Vorlage ist darauf zugeschnitten, dem Unternehmertum zu nützen (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Die Arbeiterschaft hat sich gegen den Willen der Regierung in den letzten 30 Jahren selbst eine Vertretung geschaffen in ihren gewerkschaftlichen Organisationen. Heute können wir auf diese gesetzliche Vertretung verzichten und werden es unter allen Umständen tun, wenn sie nur den Interessen des Unternehmertums dienen soll. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Bei einer ganzen Reihe von Fragen hat der Herr Staatssekretär den Beweis geliefert, daß ihm nur die Interessen der Unternehmer am Herzen liegen. Hat doch sogar sein Kollege, Herr Sydow, Minister für Handel und Gewerbe, im vorigen Jahre die Entdeckung — oder sagen wir lieber die Erfindung gemacht, daß die Arbeitgeberverbände keine Kampfesorganisationen seien. (Große Heiterkeit b. d. Soz.) Vielleicht bewegt der Staatssekretär jetzt seinen Kollegen zu einer ähnlichen Erklärung in bezug auf die Gewerkschaften. (Sehr gut! b. d. Soz.) Aber darauf werden wir wohl lange warten können. Als eine kleine Verbesserung ist es anzuerkennen, daß laut § 3 die Arbeitskammern beim Abschluß von Tarifverträgen mitwirken sollen. Gegenüber der allgemeinen Verschlechterung fällt das aber kaum ins Gewicht. Im § 2, wo es heißt, daß die Kammern den Interessen der Arbeitnehmer dienen sollen, hat man die Worte hinzugefügt: „Unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Arbeitgeberinteressen." Wenn man aber bedenkt, daß die Interessen der Unternehmer bereits in Handelskammern, Landwirtschaftskammern, Berufsgenossenschaften usw. vertreten sind, so konnte man der Meinung sein, daß bei dieser neuen Einrichtung

die Interessen der Arbeiterschaft in den Vordergrund

gehören. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Nach der frühern Vorlage waren die Gewerbegehilfen in den Apotheken ausgenommen. Der jetzige Entwurf verschlechtert das dahin, daß sämtliche Handlungsgehilfen ausgenommen bleiben. Entgegen der ersten Vorlage sind auch die Betriebsbeamten, die Werkmeister und Techniker ausgenommen. Diese Kategorien müssen aber notwendigerweise in das Gesetz aufgenommen werden. Sie sind Arbeiter wie alle diejenigen, die ihre Arbeitskraft in den Dienst dessen stellen, der Kapital besitzt. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Nun hat der Staatssekretär erklärt, diese Zugeständnisse bedeuten die äußerste Grenze. Sehen wir uns einmal an, was die Regierung „zugesteht"! Ueber die Frage, ob die Errichtung der Arbeitskammern dem Bundesrat oder den Landesbehörden anvertraut werden sollen, geht der Staatssekretär leicht hinweg. Er sei nicht der Mann, Gesetze in anderm Sinn auszuführen, als in dem Sinn, in dem sie beschlossen sind. Aber das sagte auch Herr Bethmann-Hollweg beim Reichsvereinsgesetz. (Heiterkeit u. Sehr gut! b. d. Soz.) Es ist schon besser — bei allem guten Glauben in die subjektive Glaubwürdigkeit des Staatssekretärs —, daß wir uns auf mündliche Zusagen nicht verlassen, sondern in das Gesetz hineinschreiben, daß der Bundesrat die Errichtung zu verfügen hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

In der Frage des Wahlalters will die Regierung, zugestandenermaßen auf Wunsch der Arbeitgeber (lebhaftes Hört, hört! b. d. Soz.), nicht nachgeben. Wohl aber sollen auch die Arbeiter unter 25 Jahren zu den Kosten der Kammern beitragen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Also

Pflichten, aber keine Rechte!

Zur Frage der Arbeitersekretäre hat der Staatssekretär sein „Unannehmbar" ganz besonders unterstrichen. Nun, seit der be—rühmten Reichsfinanzreform hat das „Unannehmbar" der Regierung einen sehr eigentümlichen Beigeschmack. (Lebhaftes Sehr gut! links.) Wir sind aber der Meinung, der Reichstag soll beschließen, was ihm gut scheint und die Verantwortung für das Scheitern dann ruhig der Regierung überlassen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Die Zulassung der Arbeitersekretäre soll angeblich die Freiheit und Unbefangenheit der Verhandlungen gefährden. (Große Heiterkeit b. d. Soz.) Ein armer Bergarbeiter aber, der in der Arbeitskammer seinem Bergherrn oder Direktor gegenübersitzt, der besitzt wohl die nötige „Freiheit und Unbefangenheit"? Ich möchte wissen, von welchen Arbeitersekretären, mit denen er verkehrt hat, der Herr Staatssekretär seine eigentümliche Auffassung gelernt hat. (Lebhafte Heiterkeit u. Sehr gut! b. d. Soz.) Das müssen Arbeitersekretäre mit ganz eigenartiger Qualifikation sein, ich bitte ihn, doch die Namen zu nennen. Auch für die Arbeiter wären sie interessant. Nennt er sie nicht, so erlassen wir vielleicht einen Aufruf, daß sie sich melden. (Heiterkeit u. Sehr gut! b. d. Soz.)

Herr von Winterfeldt meinte, es ginge nicht, Arbeitersekretäre zuzulassen, weil sie die Angestellten der Arbeiter seien. Aber was man andern versagt, das beansprucht man selbst als sein gutes Recht.

Die Landwirtschaftskammern dürfen es.

Die dürfen nicht nur die Beamten der landwirtschaftlichen Organisationen wählen, sondern auch solche Personen, denen die Kammer das Recht der Wählbarkeit beilegt. (Hört, hört! links.)

Wer so wenig Gerechtigkeitssinn hat, dem kommt es überhaupt nicht zu, darüber zu reden, was den Arbeitern dient und was nicht. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Wenn die Arbeitersekretäre von den Kammern ferngehalten werden, so wird das angeblich den Interessen der Arbeiter dienende Gesetz nichts andres sein, als eine Wahrnehmung der Unternehmerinteressen, ein Gesetz, welches in allen einzelnen Bestimmungen nach den Angaben des Zentralverbandes deutscher Industrieller gearbeitet ist. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Ehe man ein solches Gesetz macht, soll man es lieber ganz fallen lassen. (Lebh. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Neu sind auch die Bestimmungen, daß die Verhandlungen nicht öffentlich sind. In der Kommission war das nicht beschlossen, sondern nur von den Konservativen beantragt. Ein konservativer Antrag genügt aber der Regierung, auch wenn die Kommission ihn ablehnte.

Die Oeffentlichkeit ist aber notwendig,

damit die Arbeiter ihre Vertreter kontrollieren können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Gegen die Behauptung des Staatssekretärs, die Eisenbahnarbeiter seien keine gewerblichen Arbeiter, erheben wir schärfsten

---

Städtisches Orchester.

Magdeburg, 16. Februar 1910.

Sinfoniekonzert im Stadttheater. Den ersten Teil des Programms bestritt Liszt mit einigen seiner charakteristischsten Kompositionen. Liszts Können strahlt nach zwei Seiten, nach seiner Technik und dem musikalischen Gehalt seiner Werke. In der Technik lange unerreicht, blieb er als Virtuos immer der Größere dem Komponisten gegenüber. Das soll kein Tadel für ihn sein, denn er hat in seinen Kompositionen auch oft bewiesen, daß er Musiker sein kann. Musiker in idealstem Glanze. Aber doch blieb ihm ein Hang nach dem Aeußerlichen, einem allerdings aparten und geschmackvollen, das seine Sachen mindestens interessant machte.

In seiner sinfonischen Dichtung „Les Préludes", einer Reihe von Vorspielen, stellt er ganz allgemein das menschliche Leben als „Vorspiel zu jenem unbekannten Gesang dar, dessen erste und feierliche Note der Tod anstimmt". Liszt hat hier ein Tongemälde entworfen, dessen satte, ja grelle Farben scharf kontrastieren mit weichem, fast zärtlichem Zwischenwerk. Im Orchester kennt er sich aus. Das beherrscht er hier gründlich. Er verlangt aber auch einen warmblütigen Dirigenten, der nicht scheut vor der „Drommete Sturmsignal" und vor dem Schlagzeug. Krug-Waldsee war heute sein Apostel, nicht daß er Liszt hätte vergrößern können. Das machen die Kritiker, die sein Musikertum befehden. Aber zuverlässig und gewissenhaft war er.

Dann folgten Gesänge für Tenor und Orchester. Felix Senius, der Berliner Kammersänger, gab Liszts fein empfundene Loreley und das Petrarca-Sonett. Sein prachtvoller lyrischer Tenor war wie geschaffen für beide Sachen. Dazu kam ein tief innerlicher Vortrag, der entzückte. Denselben Erfolg hatte er später mit Klavierbegleitung bei Richard Strauß' „Traum durch die Dämmerung". Aber selbst mit solcher Lyrik allein kann der heißsehnende stürmische Charakter der „Heimlichen Aufforderung" nicht bestritten werden. Außerdem versagte hier die Klavierbegleitung vollständig.

Den grandiosen Klavierpart in Liszt Konzert in Es-Dur für Klavier und Orchester spielte Elisabeth Bokemeyer. Eine technisch ausgereifte Kraft, die vor dem höchsten Ziele steht und Liszts Thomasleugnern Stoff zum Nachdenken gab. Denn so poetisch wurde die junge Künstlerin, ein willkommener Gegensatz zu dem genialen, aber zur Vertiefung der Kunst unnötigen Geklingel der Geräusch-Instrumente des Orchesters in diesem Stück. In Beethovens Fantasie für Pianoforte, Chor und Orchester glänzte die Solistin in gleicher Weise. Nur schade, daß der Altmeister hier ziemlich flach im Verhältnis zu seinen andern größern Werken bleibt. Lassen wir die veraltete schwülstige und ziellose Poesie Kuffners mit der wenig beethovenschen Fantasie begraben sein. Die Chöre blieben wenigstens rein. Der mäßige Erfolg lag also nicht am Dirigenten, noch an Sängern oder Orchester.

Den Schluß bildete Krug-Waldsees „Begrabenes Lied", für das sich der Lehrergesangverein und der Krug-Waldsee-Singchor neben Felix Senius als Solisten verdient machten. Dem Werke liegt folgende handelnde Idee zugrunde:

Ein Edelknecht besitzt die Minne der Königin und singt im Walde von seinem Glück. Er wird aber zur selben Stund von dem arglistigen König mit dem Jagdspieß erstochen. Ein Spielmann hört nach langer Zeit diese schlimme Mär von einem Vöglein und des Edelknechts Lied findet durch den Spielmann ein rächendes Echo. Er zieht singend durch des Königs Lande und diesen erfaßt ein tödlicher Schrecken. Er stirbt, sein Reich vergeht. Ein Lied kann nie ersterben.

Diesen hochpoetischen Inhalt hat Krug-Waldsee ganz geschickt gefaßt. Stimmungsmalerei ist ihm in freundlichem Stile eigen und so bewegt sich das Werk mit einem ehrlichen Erfolg bis zum Ende. Die Ausführenden taten ihre Schuldigkeit. Der Solist war glänzend. gr.

Kleines Feuilleton.

Hermann Heiberg †. In seiner Vaterstadt Schleswig ist wie uns ein Telegramm meldet, gestern der Romanschriftsteller Hermann Heiberg im 70. Lebensjahr gestorben. Heiberg ging aus dem Verlagsbuchhandel zur Schriftstellerei über; er war als Leiter verschiedener Verlagsanstalten — auch der alten „Spenerschen Zeitung" bis zu deren Eingehen — seit 1870 in Berlin tätig. Vom Jahre 1880 ab widmete er sich ausschließlich dem Schriftstellerberuf; er schuf eine überaus große Zahl von Romanen und Novellen; sein Erstlingswerk „Plaudereien mit der Herzogin von Seeland" erschien 1881. Eine kräftige realistische Schilderung zeichnet die meisten seiner schnell geschriebenen Werke aus, die in der Gesamtausgabe 18 Bände füllen. —

Ein Vulkanausbruch im Meere.

Die Entstehung einer neuen Insel in der Boguslaw-Inselgruppe durch einen Vulkanausbruch unter dem Meere, die eins der interessantesten geologischen Phänomene der letzten Jahre darstellt, ist von der amerikanischen Wissenschaft genau beobachtet und untersucht worden. Eine ausführliche, durch Photographien erläuterte Darstellung dieses Vorgangs wird jetzt im „American Magazine" veröffentlicht.

Die erste der Boguslaw-Inseln, die zur Aleutengruppe in der Beringstraße gehören, wuchs seit 1820 sichtbar immer mehr an; es bildete sich dann eine zweite Insel, die Neu-Boguslaw genannt wurde, und auch ein Streifen Land stieg aus dem Meer auf, der die beiden Inseln miteinander verband. Eine neue Boguslaw-Insel bildete sich dann im Winter 1886/87, und im Jahre 1905/06 erschien über dem Wasserspiegel eine vulkanische Erhebung, die den Namen Metcalf-Perry-Kegel erhielt. Dieser Kegel verschwand am 7. Juli 1908, und es bildete sich nun ein langer, enger Streifen Landes heraus, der die alte und die neue Boguslaw-Insel miteinander verband und etwa 4 englische Meilen Ausdehnung hat. Auf die ersten Anzeichen dieser neuen vulkanischen Umformung der Inselgruppe hin wurde der amerikanische Dampfer „Albatros" zur Beobachtung dieser Erscheinungen abgesandt und konnte ein großartig merkwürdiges Schauspiel betrachten. An einer bestimmten Stelle des Ozeans wölbte sich die Oberfläche wie ein Dom empor, sank dann in sich zusammen und schwoll wieder auf. Es war, wie wenn eine ungeheure Macht unter dem Meere riesige Blasen in die Höhe würfe, denen ein gewaltiges Heraufströmen von Gas, Rauch und Dampf folgte. Der Ausbruch des submarinen Vulkans gewann mit reißender Schnelligkeit an Umfang; allmählich schien es, als wollte er Meer und Himmel zu einem einzigen Chaos verschmelzen; die Oberfläche des Ozeans brodelte, kochte und rauchte wie ein unermeßlich großer Hochofen. Eine etwa 3 englische Meilen breite Säule von Feuer und Rauch, in der Felsstücke und Lavamassen aufschossen, stieg in die Wolken empor und erfüllte die Luft mit einer düstern Glut und einem dröhnenden, donnernden Lärm. Laute Explosionen knallten dazwischen, wie gigantische Schüsse, aus unsichtbaren Riesenkanonen abgefeuert. Eine glühende Hitze hauchte die Mannschaft des „Albatros" mit versengendem Feueratem an und machte sich auf einen Umkreis von 50 englischen Meilen bemerkbar. Auch das Wasser des Meeres war erhitzt. In dem qualmigen Steingewirr der Rauchsäule war ein starker Feuerstrom zu erkennen, der rot hervorleuchtete und dann wieder in einem schaurigen Farbenspiel durch gelbe, blaue und dunkelbraune Reflexe verborgen war. Die in den Himmel geschleuderten geschmolzenen Massen kamen in einem ziemlich abgekühlten Zustand wieder herunter und fielen mit einem beständigen Zischen und Aufklatschen in den Ozean, wobei sie heiße Wasserwellen aussandten, die den „Albatros" in Gefahr brachten. Ein Aschenregen ging von der Feuersäule aus und wurde in den Dampfwolken weithin getragen. Nachdem der Ausbruch etwas mehr als eine Stunde gewährt hatte, bildete sich allmählich auf dem Wasser rings um die Basis der Feuersäule eine dunkelbraune feste Masse von unregelmäßiger Gestalt. Das neue Stück Land begann sich, aus der glühenden Tiefe geboren, langsam zu bilden. Die Lava hatte das viele hundert Faden tiefe Wasser über dem Krater ausgefüllt und stieg nun über den Meeresspiegel empor. Höher und höher wuchs sie auf, während das Emporwallen von Flammen, Rauch und geschmolzenem Gestein immer weiter fortdauerte; immer weiter und weiter dehnte sich dieser feurige Berg aus, bis schließlich der Gipfel dieser neuen vulkanischen Spitze eine Höhe von etwa 1000 Fuß erreichte.

Von der Entstehung und dem Zustande der neuen Insel wurden genaue photographische Aufnahmen gemacht. Einige Zeit später legte der amerikanische Kutter „Perry" an dem neuen Land an, und ein Teil der Mannschaft ging an Land, wo die amerikanische Flagge aufgepflanzt wurde. Der Boden war fast unerträglich heiß, so daß die Schuhe bald durchbrannten; wenn man ein Thermometer in ein Loch steckte, so stieg das Quecksilber so rasend in die Höhe, daß es sofort das Glas zersprengte. Trotz dieser Gefahr wurde die Insel durchforscht. Das Entweichen großer Dampf- und Gasmengen auf einer Masse von flüssiger oder halbflüssiger Lava verursacht die Entstehung starker Ansammlungen von sogenanntem Schaum auf der Oberfläche. Dieser Schaum, der wie Blasen auf einem Wasserstrudel aus der unruhig glühenden Fläche aufsteigt, bedeckte noch den Boden des neu entstandenen Eilandes. Der Vulkan blieb noch eine Zeitlang im Zustande des Ausbruchs, bis dann sein hoher Kegel verfiel. Endlich verschwand der Kegel in einem kolossalen Ausbruch von Dampf und vulkanischer Masse völlig, und nun erst gewann die rings um ihn sich ausdehnende Landfläche ihre bleibende Gestalt, die die Erde um ein neues Stück festen Bodens bereicherte. —

Protest. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Sie werden ausgebeutet, kapitalistischer Profit wird aus ihnen gezogen. Warum also sollen sie anders gestellt werden als andre Arbeiter? Gerade in den Staatswerkstätten liegen die Dinge derart, daß gründlich hineingeleuchtet werden muß. Der Ausschluß der Staatsarbeiter von den Arbeitskammern ist eine Degradation, der wir auf das schärfste widersprechen.

Und diesen verschlechterten Entwurf beschwört uns der Staatssekretär, nicht scheitern zu lassen! Ursprünglich hielt ich Kommissionsberatung für überflüssig. Nach den neusten Verschlechterungen muß ich aber Verweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern beantragen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Schmidt (Altenburg, Rp.): Wir sind nicht allgemein von der Notwendigkeit der Arbeitskammern überzeugt. Will man sie aber durchaus haben, dann sollen sie ein Friedensinstrument sein, und dann darf man die Arbeitersekretäre nicht zulassen, daß hieße ja einen kommandierenden General an die Spitze einer Friedensliga stellen. (Beifall rechts.)

Abg. Kulerski (Pole) schließt sich der Kritik der Abgeordneten Will, Naumann und Legien in allen Punkten an, hält aber Kommissionsberatung für überflüssig.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.) vertritt die Ansicht, daß das Gesetz ohne die Wählbarkeit der Organisationsvertreter ziemlich wertlos sei. Die Arbeitskammern werden nicht nur von der radikalen Arbeiterbewegung gefordert. Wenn jetzt wiederum das Zustandekommen dieser Kammern scheitert, so wird das in Arbeiterkreisen, die zu Kaiser und Reich halten, weit mehr böses Blut machen, als alle die Steuern, mit denen die Linke im Lande herumkrebst. (Lachen links.) Leider ist der Einfluß des Zentralverbandes der Industriellen bei Nationalliberalen, Reichspartei und selbst bei den Konservativen übermächtig. (Sehr wahr! b. d. Wirtsch. Vg., Ztr., Freis. u. Soz.) Diese Parteien tragen die Verantwortung für das etwaige Scheitern des Gesetzes. (Lebhafter Beifall b. d. Wirtsch. Vg.)

Die Diskussion wird geschlossen. Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Das Hausarbeitsgesetz.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wir waren bestrebt, nach Möglichkeit den Wünschen der Kommission gerecht zu werden. Die Kommission hat erkannt, daß man auf diesem Gebiet nur ganz schrittweise und vorsichtig vorwärts kommen kann. Die Kommission war der Meinung, daß speziell die Lohnverhältnisse einer Reglung bedürfen. Hiermit würde aber der Staat in den Arbeitsvertrag eingreifen und dieser Auffassung stellen sich schwerwiegende prinzipielle Bedenken sowie auch praktische Schwierigkeiten entgegen. Den Tarifverträgen stehe ich durchaus nicht unfreundlich gegenüber, wenn sie auch nur einen bewaffneten Frieden darstellen. Ihre Förderung ist wünschenswert, doch bin ich im Laufe des Winters durch eingehende Erwägung zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Möglichkeit behördlicher Förderung des Tarifvertrags noch nicht gegeben ist. Ich hoffe aber, Sie werden das Vertrauen zu mir haben, daß ich vor allem bestrebt sein werde, dem Tarifvertrag für die Hausarbeit bald die Wege zu ebnen, nur möchte ich bitten, mit dieser Frage diesen Gesetzentwurf nicht zu belasten, sondern ihn so zu verabschieden, wie er vorgelegt ist. (Bravo!)

Abg. Dr. Pieper (Ztr.): Der Entwurf bietet den Heimarbeitern zwei Dinge: einmal wird das, was für die Fabriken zum Schutze der Gesundheit schon getan ist, auf sie ausgedehnt, einschließlich der Beschränkung der gesundheitsschädlichen Arbeitszeit. Noch wertvoller ist die zweite Gruppe der Bestimmungen, welche den Versuch macht, die niedrigen Löhne wenigstens auf ein Existenzminimum zu heben. In der Frage, ob eine behördliche Festsetzung von Löhnen zu billigen ist, stimme ich den grundsätzlichen Ausführungen des Staatssekretärs zu, bemerke aber, daß in der Hausarbeit solche Elendslöhne herrschen, daß eine [illegible] Regelung hier eine [illegible] ist, ohne die die Lage der Heimarbeiter nicht gebessert werden kann, insbesondere da eine Hausarbeiterorganisation von innen heraus unmöglich ist. (Bravo! i. Ztr.)

Abg. Henning (kons.): Die Sozialpolitiker sollten mit der Vorlage zufrieden sein, wenn sie auch nicht alles erreichen. In solchen Dingen könne man nur langsam und schrittweise vorgehen.

Abg. Manz (Freis. Vp.): Die Gesetzgebung kann auf diesem Gebiet leicht mehr schaden als nützen. (Sehr richtig! b. d. Freis.) Den

Schutzbestimmungen für Leben und Gesundheit

stimmen wir zu, aber das vorgeschlagene System der Lohntafeln ist nicht genügend. Der Registerzwang wird mit dem Hinweis auf die Damen aus besseren Ständen bekämpft. Diese haben die Hausarbeit oft sehr nötig. (Sehr richtig! b. d. Freis. Man wird daher mindestens die Geheimhaltung der Listen verlangen müssen.

Abg. Everling (natl.): Die Mißstände werden oft übertrieben, immerhin bedürfen sie der Einschränkung. Das Verlangen der Sozialdemokratie, in der Nahrungs- und Genußmittelbranche die Heimarbeit radikal zu verbieten, wird wohl keine andre Partei des Hauses mitmachen. Hinter jeden Heimarbeiter einen Schutzmann zu stellen, wie die Sozialdemokratie es möchte, geht entschieden zu weit. (Zustimmung b. d. Natl.)

Abg. Schmidt (Berlin, Soz.): Es ist kein erfreulicher Zustand, wenn Heim und Arbeit verbunden werden.

Heimstätte und Arbeitsstätte sollten getrennt sein.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Ein Heim, in dem die Arbeitsstätte aufgeschlagen ist, zeigt stets große Gefahren für die Gesundheit und die Entwicklung der Jugend. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Unbedingt notwendig ist das Verbot der Heimarbeit für die Nahrungsmittelindustrie, welches mein Vorredner bekämpft hat. Daß es fehlt, ist ein großer Mangel des Entwurfs. Es kann kein erfreulicher und nur kein appetitlicher Zustand sein, daß Nahrungsmittel in der Heimarbeit hergestellt werden, wo jede Kontrolle fehlt. Hierin liegen Gefahren, nicht nur für die Heimarbeiter, sondern auch für die Konsumenten. Diese Zustände haben sich erst allmählich entwickelt, und diese ungesunde Entwicklung müssen wir zu hemmen suchen. Unsre Heimarbeitergesetzgebung ist weit zurück hinter der andrer Länder. Das französische Gesetz schließt sogar das Zwischenmeistertum aus. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Das vorliegende Gesetz ist leider nur ein Rahmengesetz. Es soll erst durch Bundesratsverordnungen oder Polizeiverordnungen ausgeführt werden. Wenn ich das genügende Vertrauen zu diesen Stellen hätte, so könnte ich wohl sagen, daß mit der Ausfüllung des Rahmens alles Notwendige geschehen kann. An diesem Vertrauen fehlt es uns aber nach den bisherigen Erfahrungen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Wie notwendig ein vollständiges Verbot der Heimarbeit wäre, beweist die Tatsache, daß sie hier und dort in der Zelluloidfabrikation um sich greift, die bekanntlich außerordentlich feuergefährlich ist. Diese Heimarbeit müßte unbedingt verboten werden.

Notwendig ist ferner ein

Verbot des Trucksystems,

welches den Heimarbeiter in wirtschaftliche Abhängigkeit vom Arbeitgeber bringt. Höchst wichtig ist die Lohnfrage. Die Regierung hat sich leider nicht dazu verstanden, Lohnämter einzuführen. Ob aber die vorgesehenen Lohntafeln von den Unternehmern richtig geführt werden, entzieht sich jeder der Kontrolle. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Man hat nun gesagt, die Heimarbeiter sollten Tarifverträge in freier Vereinbarung herbeiführen. Tatsächlich kommen aber insbesondere die Heimarbeiter, die zu den niedrigsten Löhnen arbeiten, für die gewerkschaftliche Organisation fast gar nicht in Frage. Wir müssen deshalb darauf bestehen, daß in der Kommission der Versuch gemacht wird, die Lohnverhältnisse durch Lohnämter oder paritätische Kommissionen zu regeln. Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung hat das Prinzip des Lohntarifs auf Zwangsgrundlage anerkannt. Allerdings nicht für die Arbeiter, sondern für die Aerzte. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Was dort möglich war, warum sollte es für eine so elend entlohnte Arbeiterschicht nicht getan werden! Dieser wichtigste Punkt muß dem Entwurf auf jeden Fall zugefügt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kulerski (Pole): Das Leben des Heimarbeiters ist die Hölle auf Erden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dem Verlangen nach Lohnämtern kann man nur zustimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.): Die Vorlage ist nicht ideal, aber es kann daraus etwas Brauchbares werden. Auch wir wünschen Lohnämter, machen davon aber unsre Stellung nicht abhängig. (Beifall rechts.)

Der Gesetzentwurf wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr. (Toleranzantrag des Zentrums, Gewerbeordnungsnovelle.)

Schluß 7¼ Uhr. —

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung.

Berlin, 16. Februar, vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Beseler.

Die zweite Lesung des

Justizetats

wird fortgesetzt.

Abg. Heißig (Ztr.) bringt einen Fall von Verhängung der Zeugniszwangshaft über einen Redakteur zur Sprache.

Justizminister Beseler betont, daß er im Jahre 1907 einen Erlaß herausgegeben habe, wonach vor Verhängung der Zeugniszwangshaft sorgfältig geprüft werden soll, ob ein Erfolg davon zu erwarten sei und ob die Bedeutung der Sache die Haft rechtfertige.

Abg. Cassel (Freis. Vp.) fordert die Zulassung aller Rechtsanwälte in Berlin bei allen drei Landgerichten. Durch den heutigen Zustand würden Rechtsanwälte 1. und 2. Klasse geschaffen.

Abg. Leinert (Soz.): In einer Eingabe aus Linden bei Hannover vom Ende vorigen Jahres hatten sich verschiedene Vereine an den Justizminister um Errichtung eines eignen Amtsgerichts in der Stadt Linden gewandt. Die Stadt Linden zählt jetzt 75 000 Einwohner. Sie ist die einzige Stadt von solchem Umfang in der ganzen Monarchie, die kein eignes Amtsgericht besitzt. Bereits am 16. Januar, 14 Tage nach Absendung der Eingabe, antwortete der Justizminister den Petenten, daß er auf den ablehnenden Bescheid hinweisen müsse, den er bereits 1905 dem Magistrat der Stadt Linden erteilt habe. Die Eingabe ist von 6000 Petenten unterschrieben. Die Antwort des Justizministers war keine Antwort darauf. Er war verpflichtet, die neuen Gründe für seine Stellungnahme mitzuteilen. Ich habe die Sache bereits im vorigen Jahre hier zur Sprache gebracht, und damals hat mir der Justizminister erwidert, daß die Sache in Erwägung genommen und im Auge behalten wird, er hat allerdings hinzugefügt, daß ein dringendes Bedürfnis zur Errichtung eines eignen Amtsgerichts nicht besteht, weil die Einwohner Lindens die beste Verbindung nach dem ganz nahen Hannover hätten. Die Staatsregierung kann sich aber den berechtigten Wünschen von 75 000 Einwohnern nicht entziehen. Es geht nicht an, daß das Maß der Enttäuschung, Erbitterung und Entrüstung erst zum Ueberlaufen voll werden muß, ehe die Regierung nachgibt. Es bedarf gar nicht mehr einer besonderen Prüfung, das Vorhandensein einer so großen Stadt muß die Regierung schon davon überzeugen, daß sie sich den Wünschen der Einwohner nicht entgegenstellen kann.

Justizminister Beseler: Linden liegt ganz nahe an Hannover. Die Gerichtseingesessenen können sehr leicht dorthin gelangen. Es geht den Einwohnern Lindens noch viel besser als denen vieler andrer Städte. Eine Erbitterung besteht in Linden nicht. Die Leute wünschen das Amtsgericht, von einer Entrüstung kann man nicht sprechen. Wenn die jetzt für Hannover vorgesehenen neuen Einrichtungen in der Justizverwaltung nicht ausreichen sollten, so läßt sich über die Frage für Linden weiter verhandeln.

Abg. Wizmann (natl.) wünscht, daß die Staatsanwälte veranlaßt werden, nur bei wichtigen Angelegenheiten Berufung einzulegen. Im allgemeinen habe sich die Einrichtung der Amtsanwaltschaft durchaus bewährt.

Abg. Bückemann (Freis. Vp.): Im Kreise Hirschberg sind in den letzten Jahren sieben Morde unentdeckt geblieben. Bei dem letzten Mord ist die Staatsanwaltschaft nach Ansicht der Bevölkerung zu langsam vorgegangen. Auf die erste telephonische Anzeige wurde erst schriftlicher Bericht verlangt. (Hört, hört!) Und als dann am Nachmittag die schriftliche Anzeige einging, wurde die Besichtigung am Tatort erst für den nächsten Vormittag angesetzt. (Hört, hört!) Ferner hat es Beunruhigung in der Bevölkerung erregt, daß der Staatsanwalt die Polizei angewiesen hat, die Verfolgung von Straftaten nicht selbständig vorzunehmen. Ein Redakteur des „Boten aus dem Riesengebirge", der dies kritisiert hat, wurde in Zeugniszwangshaft genommen, als er seine Quelle nicht nannte. Ich bitte den Minister um Auskunft, ob er dieses Vorgehen der Staatsanwaltschaft billigt.

Justizminister Beseler: Herrn Wizmann erwidere ich, daß Berufungen der Staatsanwaltschaft nach meiner Auffassung, die der Oberstaatsanwaltschaft mitgeteilt worden ist, nur dann angebracht sind, wenn das durch die Sache selbst geboten ist, und daß sie nicht nur aus dem Grund erfolgen sollen, weil der Angeklagte Berufung eingelegt hat. Was den von Herrn Bückemann vorgebrachten Fall anlangt, so ist in den beiden ersten Anzeigen von einem Morde nicht die Rede gewesen, sondern nach den Berichten konnte die Staatsanwaltschaft annehmen, daß der Kutscher von seinem eignen Wagen gefallen und überfahren sei. Nachdem die Anzeige vom Mord eingelaufen war, war eine Besichtigung am Tatort nicht mehr möglich, da es bereits dunkel war. Die Anweisung des Ersten Staatsanwalts an die Polizeiverwaltung, bei Verfolgung von Straftaten unter allen Umständen erst die Genehmigung der Staatsanwaltschaft einzuholen, ist von dem Oberstaatsanwalt als unberechtigt aufgehoben worden. (Bravo!) Es ist selbstverständlich, daß ebenso wie die Staatsanwaltschaft auch die Polizei das Recht zu sofortigen Ermittlungen haben muß, da sonst allerhand wichtige Untersuchungen unterbleiben würden. Der von der Staatsanwaltschaft beantragten Zeugniszwangshaft hat das Gericht nicht zugestimmt. Nach alledem glaube ich, daß zu einer Beunruhigung der Bevölkerung kein Anlaß vorliegt.

Nachdem noch eine Reihe von Abgeordneten lokale Wünsche sowie Wünsche auf Aufbesserung einzelner Beamtenkategorien vorgebracht haben, wird die Weiterberatung des Justizetats vertagt auf Freitag 11 Uhr. (Außerdem erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. Gewährung von Zwischenkrediten bei Rentengutsbildung und des Gesetzes betreffend die Reisekosten der Staatsbeamten. Dann zweite Lesung des Etats der direkten Steuern.)

Schluß 4¼ Uhr. —

Der große Mansfelder Krawallprozeß.

[Nachdruck verboten.] Hg. Halle, 16. Februar.

Der große Mansfelder Krawallprozeß ist am Mittwoch abend nach 3tägiger Dauer zu Ende gegangen. Staatsanwaltschaftsrat Alsleben hielt auf Grund der eingehenden Beweisaufnahme die Anklage wegen qualifizierten Landfriedensbruchs gegen zehn Angeklagte und wegen einfachen Landfriedensbruchs gegen zwei Angeklagte in vollem Umfang aufrecht, beantragte aber für sämtliche Angeklagte die Zubilligung mildernder Umstände. Er wies in der Begründung seiner Anträge darauf hin, daß die Angeklagten entweder gar nicht oder nur wenig vorbestraft seien, ferner aber darauf hin, daß es zu den schlimmsten Ausschreitungen noch nicht gekommen und daß Blut noch nicht geflossen sei.

Vert. R.-A. Landsberg (Magdeburg) gab namens der Verteidigung gleichfalls seinem Bedauern über die Hettstedter Vorkommnisse Ausdruck, sprach aber auch sein Bedauern darüber aus, daß es zu dem Mansfelder Streik mangels jeden sozialen Gerechtigkeitsgefühls auf seiten der Mansfelder Gewerkschaft überhaupt kommen konnte. — Die Verteidiger R.-A. Landsberg sowie R.-A. Wolfgang Heine (Berlin) und R.-A. Dr. Müller (Halle) leugneten die Tatbestandsmerkmale des Landfriedensbruchs für die Vorgänge vom Gewerkschaftsbahnhof bis zum Markt in Hettstedt. Bei den Vorgängen auf dem Markt in Hettstedt selbst hätten sich die Angeklagten aber nicht strafbar gemacht.

Den Geschworenen lagen fast hundert Schuldfragen zur Beantwortung vor. Sie verneinten sämtliche Schuldfragen bei den Angeklagten Bergleuten Schneider, Schröder, Schütze und Finzel, bejahten aber bei den andern Angeklagten die gestellten Schuldfragen, als Gewalttäter am Landfriedensbruch sich beteiligt zu haben.

Das Gericht verurteilte daraufhin wegen schweren Landfriedensbruchs unter Zubilligung mildernder Umstände und wegen zahlreicher Nebenvergehen die Hauptangeklagten Lohse zu einem Jahre Gefängnis und Regel zu einem Jahr einem Monat Gefängnis. Von den übrigen Angeklagten erhielten Bergmann Marczek 9 Monate Gefängnis, Schäfer gleichfalls 9 Monate Gefängnis, Häuer Kaczmarek 8 Monate Gefängnis, Bergmann Bielert 10 Monate Gefängnis, Bergmann Brühahn 7 Monate Gefängnis und Fabrikarbeiterfrau Müller 6 Monate Gefängnis. Die Bergleute Schneider, Schröder, Schütze und Finzel wurden freigesprochen.

Die erlittene Untersuchungshaft wurde den Angeklagten voll in Anrechnung gebracht. Das Gericht folgte bei allen Angeklagten den Anträgen des Staatsanwalts. Bei der Abmessung der Strafe berücksichtigte das Gericht einmal, daß die Angeklagten sehr erregt und gereizt waren und daß sie nach Ansicht des Gerichtshofs die „Verführten" waren. Sie waren aufgehetzt gegen die Arbeitswilligen und müssen leider dafür büßen, daß sie sich zu strafbaren Handlungen haben verleiten lassen. — Die bestehenden Haftbefehle wurden aufgehoben. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

In der Schuhfabrik von Drexler u. Ko. in Pirmasens haben wegen Lohndifferenzen sämtliche Zwicker der Maschinenabteilung und auch die Handzwicker die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Pflastersteinarbeiter und Kleinschlagschläger der Firma Siegheim in Wildemann stehen seit 8 Wochen im Streike. Die Arbeiter wollen eine 10prozentige Lohnreduktion abwehren, desgleichen erstreben sie die Anerkennung des Koalitionsrechts, denn Siegheim verlangt von den Arbeitern den Austritt aus dem Steinarbeiterverband. Die Firma bietet alles auf, um Streikbrecher anzuwerben. — In Balduinstein (Lahn) stehen 32 Marmorarbeiter im Streike. Die Firma Krebs maßregelte die ganze Vorstandschaft, um die Arbeiterorganisation loszuwerden. —

Lohnbewegungen in der Steinindustrie. In den schlesischen Orten Bunzlau, Alt-Warthau, Rackwitz und Löwenberg haben etwa 400 Sandsteinarbeiter den Bezirkstarif gekündigt. Die Steinmetzmeister verlangen nun, daß die Tarifkündigung zurückgenommen werden soll, weil die Steinindustrie Lohnerhöhungen nicht mehr vertragen könne. Um die Steinmetzen gefügig zu machen, sind in Bunzlau Massenentlassungen vorgenommen worden. Bemerkt sei, daß der schlesische Sandstein beim Arbeiten sehr viel Staub entwickelt, 87 Prozent der verstorbenen Steinmetzen im schlesischen Distrikt fallen der sogenannten „Berufskrankheit" (der Lungenschwindsucht) zum Opfer. Es ist somit ganz erklärlich, wenn die Steinarbeiter höhere Löhne verlangen. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 16. Februar 1910.

Erst 6 Monate Gefängnis, dann freigesprochen. Das hiesige Schöffengericht verurteilte am 20. Dezember den Kaufmann Joseph Thomaneck aus Halberstadt wegen Betrugs in mehreren Fällen und Betrugsversuchs zu 6 Monaten Gefängnis. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, daß er sich in zahlreichen Fällen als Händler Möbel und dergleichen schicken ließ, die er dann zum Teil unter dem Einkaufspreis verschleudert haben soll. Auch soll er versucht haben, die Lieferanten, denen er kleinere Posten Waren sofort bezahlte, größere Posten aber schuldig blieb, über den Umfang seines Geschäfts und seine Zahlungsfähigkeit zu täuschen. Darin, daß er die ersten Waren unter Nachnahme bezog und auch sofort bezahlte, später aber, wenn er glaubte, die Lieferanten dadurch sicher gemacht zu haben, auf andre Weise Waren bezog, wird ebenfalls ein Vergehen in dieser Richtung erblickt. Das Gericht sprach den Angeklagten wegen Mangels an Beweisen frei. —

Provinz und Umgegend.

Klein-Ottersleben, 17. Februar. (Der Sozialdemokratische Verein) hält am Sonnabend eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Fr. Köster einen Vortrag halten wird. (Siehe Inserat.) —

— (Zum Walkotte-Abend) am 22. Februar sind Programme bei sämtlichen Kolporteuren der Partei und der Gewerkschaften, beim Genossen Otto Löhr, Halberstädter Straße 34, und an der Kasse zu haben. —

Biere, 17. Februar. (Die Gutsbesitzer) klagen immer über Leutenot, von den Ursachen sprechen sie nicht. Beim Gutsbesitzer Lücke stand der Viehfütterer D. in Arbeit. Infolge Krankheit war er 3 Tage arbeitsunfähig; als er sich wieder meldete, wurde er entlassen. D. forderte den Gutsbesitzer auf, 14 Tage Lohn zu zahlen, was dieser ablehnte. Vom Gericht wurde Lücke verurteilt, den rückständigen Lohn zu zahlen. Das ist nicht der erste Arbeiter, der so abquittiert wurde, es hatte bis jetzt leider keiner den Mut, den Herrn zu verklagen. In Zukunft werden wir aber dafür sorgen, daß es immer geschieht. — Ein zweiter Fall betrifft den Gutsbesitzer und stellvertretenden Schiedsmann Hamel. Sein Dienstmädchen kündigte am 1. August 1909 zum 11. November, weil es heiraten wollte. Der Herr gab seine Zustimmung. Als aber der 11. November herankam und das Mädchen seinen Lohn haben wollte, meinte Herr Hamel, den könne er nicht zahlen, dafür müßte er sich jetzt eine Frau nehmen, da sie kein Dienstmädchen hätten. Das Mädchen holte sich einen Armenschein und klagte. Der Gutsbesitzer wurde verurteilt, die Lohnsumme und die Kosten zu zahlen. Es war dies schon das dritte Mädchen, das auf diese Art um sein Geld kommen sollte. Nur durch Eingreifen unsrer Partei kam es zur Klage. Ist es ein Wunder, wenn Lücke sowohl wie Hamel in Biere kaum noch Leute bekommen? Aber schreien über die „Unbotmäßigkeit" der Arbeiter können diese beiden am lautesten. Der Gutsbesitzer Lücke ist natürlich ein großer Sozialistenfeind, nur fängt er es immer am verkehrten Ende an und wir sind die lachenden

Dritten. Arbeiter, merkt euch solche Fälle. Zeigt, daß ihr damit nicht einverstanden seid, und wenn ihr am Wahltag zur Gemeindevertreterwahl geht, so gebt eure Stimme dem von euch aufgestellten Kandidaten, dem Genossen Hermann Gutsche. Alle, welche in gewerblichen Sachen Rat haben wollen, wenden sich auch an diesen Genossen. —

Biederitz, 17. Februar. (Erschossen) hat sich am Mittwoch vormittag 11 Uhr der beim Malermeister Lentge hier in Arbeit stehende Lehrling Richard Griesau aus Langenweddingen. Griesau sollte Ostern ausiernen; die Gründe zur Tat kennt man bis jetzt noch nicht. —

Burg, 17. Februar. (Ist das nicht zuviel?) Die beiden Lehrlinge und Fortbildungsschüler B. und Z. haben am vergangenen Sonntag von 2 bis 6 Uhr nachmittags Nachsitzstunden abmachen müssen, nachdem sie schon von 11 bis 1 Uhr am Zeichenunterricht teilgenommen hatten. Das sind in Summa 6 Stunden, die den beiden Lehrlingen von ihrem Sonntag genommen worden sind. Nach der beiden „Delinquenten" Angaben hat der eine sich 4 Stunden Strafsitzen zugezogen, weil er beim Unterricht gesprochen hat, während der andre Rechenaufgaben nicht gekonnt hat. Wenn man den beiden Sündern noch größere Delikte zur Last zu legen hätte, so vermögen wir deshalb immer noch nicht die „Gerechtigkeit" dieser Strafe anzuerkennen. Ein Lehrling, der 6 Tage in der Woche jeden Tag mindestens 10 Stunden gearbeitet hat, hat ein Recht auf einen freien Sonntag, mag er über die von ihm verlangten Fähigkeiten verfügen oder nicht. Nur dann könnte die Strafe als berechtigt angesehen werden, wenn diese beiden jungen Leute derartig entartet wären, daß ihr Verkehr mit ihren Kollegen eine Gefahr für diese darstellte. Nicht weil wir wollen, daß alle wissentlichen und vorsätzlichen Ausschreitungen der Lehrlinge und Fortbildungsschüler ungeahndet durchgehen sollen, sondern weil die Freizeit, die dem Lehrling durch die Gewerbeordnung gegeben ist, ihm nicht ohne weiteres wieder genommen werden soll, deshalb vermögen wir Nachsitzstunden von solcher Ausdehnung nicht als die richtigen Erziehungsmittel anzuerkennen. —

Halberstadt, 17. Februar. (Von dem Segen der Arbeiterversicherung.) Mitte April 1909 erkrankte ein auf Wilhelmshall beschäftigter Arbeiter aus einem in der Nähe von Halberstadt gelegenen Orte an einer akuten Entzündung der Herzhaut. Durch eine Erkältung ließ diese Krankheit, kaum gebessert, einen Herzklappenfehler und chronische Herzmuskelerkrankung zurück. Dazu kam ferner eine Lungenkrankheit, so daß er vollständig erwerbsunfähig war. Der von ihm gestellte Antrag auf Gewährung der Invalidenrente wurde von der Norddeutschen Knappschafts-Pensionskasse in Halle mit der Begründung abgelehnt, daß der Nachweis der dauernden Erwerbsunfähigkeit nicht erbracht ist. Die Knappschaftskasse behauptete vielmehr, daß er noch zur Hälfte erwerbsfähig und demnach nicht Invalide sei. Gegen diesen ablehnenden Bescheid ist jetzt Berufung an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Halle eingelegt. Der Berufung wurde ein ausführliches Gutachten des Arztes beigefügt, der den Arbeiter von Beginn seiner Krankheit an behandelt hat. Der Arzt, der in seinem Gutachten die bereits erwähnten Erkrankungen feststellt, schildert den Patienten als einen schwächlichen, in schlechtem Ernährungszustand befindlichen Menschen von ungesunder Farbe. In welcher Weise Schiedsgerichte auf Grund der Gutachten von Kreisärzten ihre Entscheidungen fällen, beweist eine Bemerkung, die der Arzt seinem Gutachten voranschickt. Er führt an, daß das Ergebnis einer noch so gründlichen einmaligen Untersuchung des Kranken seinem Urteil nicht gleichgestellt werden kann, da er ihn von Beginn der Krankheit behandelt habe. Der Arzt sagt dann wörtlich:

> Ich sehe mich zu dieser Bemerkung veranlaßt, nachdem ich es habe erleben müssen, daß ein Schiedsgericht einen hochfiebernden Schwindsüchtigen entgegen meinem ausführlichen Gutachten, gestützt auf ein zirka 5 Monate früher ausgestelltes Gutachten des Kreisarztes, drei Wochen vor seinem Tode für arbeitsfähig erklärt hat.

Ein vernichtenderes Urteil kann wohl nicht gefällt werden. Nach seinen Beobachtungen hält er den Kranken für unfähig zu jeder Arbeit, die einen irgend nennenswerten Aufwand an Körperkraft erfordert. Inzwischen hat sich jedoch der Zustand des Arbeiters noch verschlimmert, so daß er es nicht wagen konnte, die kurze Strecke mit der Bahn nach Halberstadt zu fahren, um für die Berufung seine Unterschrift zu geben. Und einen so beschaffenen Menschen, der durch den ablehnenden Bescheid der Knappschaftskasse von allen Mitteln entblößt ist, erklärt man noch für erwerbsfähig. Die wenigen kümmerlichen Rechte, die dem Arbeiter zum Scheine gegeben wurden, macht man ihm auf jede Weise streitig. Die „Wohltaten" der Arbeiterversicherung muß er sich im langwierigen Streitverfahren erkämpfen. In bitterer Not und grenzenlosem Elend lebend geht er, dessen Zustand eine kräftige Ernährungsweise erfordert, vielleicht seinem Untergang entgegen. Wenn dann endlich das Schiedsgericht zu seinen Gunsten entscheidet, ist es schließlich zu spät. —

— (In der Konsumvereins-Versammlung,) die am Dienstag im Gewerkschaftshaus tagte, gab der Geschäftsführer Genosse Mikowsky den Bericht vom 4. Quartal 1909. Der Umsatz betrug in dieser Zeit 133 300 Mark, gegen das 4. Quartal 1908 ist das ein Mehrumsatz von 13 137 Mark, an dem die Bäckerei allein mit 5834 Mark beteiligt ist. Die Gesamteinnahme des Vereins beträgt 154 345 Mark, der eine Ausgabe von 153 051 Mark gegenübersteht. An Spareinlagen wurden 3312 Mark eingezahlt und 1908 Mark zurückgezahlt. Die an die Mitglieder zur Auszahlung gelangte Dividende betrug 26 239 Mark. Mikowsky hebt hervor, daß sich der Verein in einer befriedigenden Fortentwicklung befindet. Die Aufstellung der Maschinen in der Bäckerei ist jetzt erfolgt, so daß dieser Zweig des Vereins nunmehr allen Anforderungen entspricht. Obwohl auch die beim Verein eingezahlten Spareinlagen gestiegen sind, muß doch immer wieder darauf hingewiesen werden, daß diese Einrichtung von den Mitgliedern noch mehr berücksichtigt werden kann. Ueber die Errichtung eines Lagers in einem in der Nähe befindlichen Orte sind Verhandlungen eingeleitet, die jedenfalls bald zu einem günstigen Abschluß gelangen. Dagegen ist die gewünschte Errichtung einer Verkaufsstelle in einem andern Orte abgelehnt worden. Der Redner erörterte ferner die Ausführungen, die vor einiger Zeit in der Versammlung des Vereins für Handel und Gewerbe über den Konsumverein gemacht worden sind. Wenn die dort vorgeschlagenen Mittel zur Bekämpfung des Konsumvereins in die Tat umgesetzt würden, könnte das dem Verein auf keinen Fall etwas schaden. Die Ausdehnung des Vereins wird es jedenfalls notwendig machen, den bereits im vorigen Jahre geforderten Beamten in nächster Zeit anzustellen. Genosse Schulze berichtete über die Beteiligung der Mitglieder am Umsatz. Danach waren im verflossenen Geschäftsjahr 1494 Mitglieder an dem Umsatz beteiligt, die im Durchschnitt für 276 Mark Waren bezogen. Den höchsten Durchschnittsumsatz hatten die Mitglieder in Osterwieck, den niedrigsten die in Oschersleben zu verzeichnen. Durch die Zusammenstellung bewies er, daß der Umsatz noch bedeutend erhöht werden kann, wenn es sich die Mitglieder zur Pflicht machen, ihre sämtlichen Waren aus dem Verein zu beziehen. In der Diskussion zerstreute Genosse Mikowsky einige Bedenken, die in bezug auf die Verkaufsstelle in Oschersleben geäußert wurden, deren Rentabilität angezweifelt wurde. —

Neuhaldensleben, 17. Februar. (Unter den Handschuhmachern) der Fabrik Albrecht wurde schon seit längerer Zeit der Wunsch laut, dieselben Schnittlöhne zu erhalten wie in den andern Fabriken. Eine Kommission, die zu diesem Zwecke mit Herrn A. verhandeln wollte, wurde von diesem aber derartig empfangen, daß ihr die Lohnforderungen vergingen. Im Anschluß hieran hielt Herr Albrecht allen seinen Handschuhmachern einen Vortrag, aus dem entnommen werden kann, daß er schon vor längerer Zeit daran gedacht habe im Hinblick auf die Lebensmittelverteurung etwas zuzulegen. Daß dies noch nicht geschehen konnte, daran waren seine Abschlüsse schuld und augenblicklich gehe es erst recht nicht, aber in einiger Zeit werde er daran denken. Besondere Ursache, eine Forderung zu stellen, hätten die Handschuhmacher eigentlich nicht. In seiner Fabrik hätten die Arbeiter immer zu tun und der Verdienst sei gut. Bei ihm sei es nicht wie in den kleinen Quetschen, in diesen müßten die Handschuhmacher sehr darauf sehen, daß mehr bezahlt würde. Sie könnten stolz sein, in einer richtigen Fabrik zu arbeiten, die einen 300 Zentner schweren Dampfkessel erst kürzlich erhalten hat, sich das elektrische Licht selber macht, eine eigne Krankenkasse mit Familienversicherung und außerdem eine Dampfpfeife hat. An den sozialen Einrichtungen fehlt nur noch die Fabrikuhr. Recht verblüfft waren die Handschuhmacher, es will ihnen durchaus nicht in den Kopf, daß sie 20 Prozent weniger für die Arbeit erhalten sollen als ihre Kollegen in den „Quetschen". Vielleicht versucht Herr Albrecht die Handschuhmacher zufriedenzustellen durch Titel. Daß der H.-D. Gewerkverein für Unternehmer sehr nützlich ist, hat Herr Albrecht längst eingesehen, deshalb protegiert er diesen. Wenn nun die Handschuhmacher das nicht einsehen vor Ablauf der günstigen Geschäftslage, dann bleiben sie eben bei der Entlohnung, wie sie vor 15 Jahren eingeführt wurde, stehen.

— (Kartellbericht vom 13. Februar.) In der Sitzung waren anwesend 17 Delegierte, es fehlten 8 Delegierte, davon 2 entschuldigt. Daß die Sitzung nicht stark besucht wurde, ist auf die Demonstrationsversammlung zurückzuführen. Die Maifeierkommission wird jetzt öfter zusammentreten zur Ausarbeitung der Veranstaltungen zur Maifeier. Das Gewerkschaftsfest soll im Juni stattfinden. Ein Antrag der Althaldensleber Genossen, zur Bildung der Jugendorganisation dort 20 Mark zu bewilligen, mußte wegen Mangels an Mitteln vorläufig zurückgestellt werden. —

Oschersleben, 17. Februar. (Mißhandlung durch einen Beamten.) Vor dem Landgericht in Halberstadt hatte sich am Mittwoch der Feldpolizist Otto Franke von hier wegen Mißhandlung des Landwirts Gebhardt zu verantworten. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, am 19. August v. J. den Landwirt Gebhardt, der als Nebenkläger zugelassen ist, dadurch vorsätzlich mißhandelt zu haben, daß er ihn mit den Füßen auf die Brust und in das Gesicht trat. Zwischen Franke und Gebhardt besteht schon seit längerer Zeit bittere Feindschaft, über deren Ursache beide verschiedene Angaben machen. Gebhardt, der wegen Beleidigung des Franke neulich zu einer Geldstrafe verurteilt wurde, hat gegen diesen verschiedene Anzeigen wegen Meineids, Verleitung zum Meineid, Beleidigung und Diebstahls anhängig gemacht. Die Anzeigen sind jedoch alle von der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen worden. An dem fraglichen Tage will Franke, wie es schon öfter passiert ist, von Gebhardt, der betrunken gewesen sein soll, belästigt worden sein. Er habe ihn auf seinen Dienstgängen mehrere Male auf der Straße getroffen, wobei ihn Gebhardt Lump, Stromer, Spitzbube, Räuberhauptmann und Magistratsbummler geschimpft habe. Als ihn Gebhardt gegen 6 Uhr abends auf dem Hofe der Düngerfabrik einen Zuchthausbruder nannte, habe er ihn festnehmen wollen. Dabei ist G., der ihn vor die Brust faßte, hingefallen. Franke bestreitet entschieden, daß er Gebhardt geschlagen oder gar getreten hat. Er gibt nur zu, daß er ihm aus Versehen mit dem Fuß einen Stoß versetzt haben kann, der aber seinem Frankes, Hunde galt, um diesen von G. zurückzuhalten. Gebhardt hat nach dem Vorfall blutüberströmt und besinnungslos am Boden gelegen. Die Anklage behauptet ferner, daß Franke, als er durch das Telephon von der Polizeiwache um Hilfe ersuchte, um G. fortzuschaffen, zu dem am Telephon befindlichen Polizeibeamten gesagt haben soll: „Jetzt habe ich endlich den Lump gefaßt und ihm die Backenzähne eingeschlagen." Franke bestreitet, diese Aeußerung getan zu haben. Er stellt auch in Abrede, Gebhardt von hinten niedergerissen zu haben, so daß dieser mit dem Kopf auf den Boden aufschlug. Vielmehr habe G. den wilden Mann markiert und sich hingeworfen, wobei er sich die Verletzungen zugezogen haben wird. Gebhardt gibt von dem Vorfall eine wesentlich andre Darstellung. Er sagt aus, daß er Franke an dem Tag erst gegen 6 Uhr abends getroffen hat. Vorher will er ihn nicht gesehen haben. Als er in dem Hofe war, sei plötzlich jemand aus einem Versteck hervorgesprungen und habe ihn niedergerissen. Von diesem Augenblick an weiß er nicht mehr, was vorgegangen ist. Gebhardt ist dann besinnungslos mit Hautabschürfungen, blutunterlaufenen Stellen und mehreren Wunden nach seiner Wohnung gebracht worden. Die Zeugin Sommer bekundete, daß sie von dem offenstehenden Fenster ihrer Wohnung aus gesehen hat, wie Franke hinter Gebhardt herging, ihn zu Boden warf und mit den Füßen auf den Kopf und in das Gesicht trat. Als sie ihm zurief, nicht auf dem Menschen herumzutrampeln, versetzte er G. noch einen Tritt auf die Brust. Von einer Anzahl Zeugen wird der Vorgang mehr oder weniger genau in derselben Weise geschildert. Dem Gebhardt ist das Blut aus Nase, Mund und dem linken Ohre gelaufen. Der als Zeuge vernommene Polizist, den Franke durch das Telephon um Hilfe ersuchte, bekundete, daß Franke dabei gesagt habe: „Ich habe mir nicht anders helfen können, ich habe den Gebhardt in die Fresse getreten." Auf Grund der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 100 Mark. Der Nebenkläger ersucht, ihn außerdem zu einer Buße von 300 Mark zu verurteilen. Das Gericht trat dem Antrag des Staatsanwalts bei und erkannte auf 100 Mark Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wurde angeführt, daß erwiesen sei, daß der Angeklagte den Gebhardt getreten hat. Als strafmildernd komme in Betracht, daß Franke von dem Nebenkläger durch die fortwährenden Anzeigen und Beleidigungen „bis aufs Blut gereizt worden sei". Der Antrag des Nebenklägers wurde dagegen abgewiesen, da er seine Ansprüche durch eine Privatklage geltend machen soll. —

Schönebeck, 17. Februar. (Sitzung der Stadtverordneten.) Die Rechnung der Kämmereikasse für 1908 schließt in Einnahme mit 693 775 Mark, in Ausgabe mit 664 566 Mark ab. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus 319 421 Mark Kommunalsteuern, 11 000 Mark Biersteuer, 10 353 Mark Umsatzsteuer, 880,50 Mark Bürgergeld, 2825 Mark Vergnügungssteuer und 4100 Mark Konzessionssteuer. Gebäude wurden im Werte von 76 976 Mark verkauft. Dazu bemerkt der Referent, daß, wenn die Wertzuwachssteuer eingeführt wäre, sie für die Stadt viel Geld eingebracht hätte. Die hauptsächlichsten Ausgaben sind: Für Erwerbung des Grundstücks Baderstraße 4 41 137 Mark, für die Landhausecke, auf welcher der Eingang der Bahnunterführung gebaut wurde, 15 000 Mark. Zurückzahlung von Steuern an die Zementfabrik 8487 Mark, an eine Genossenschaft 8646 Mark. Für die Höhere Mädchenschule 8067 Mark, Kreissteuer 55 814 Mark, zur Erhaltung von Schule und Kirche 168 578 Mark, 13 553 Mark mehr als im Vorjahr. 14 000 Mark für Straßen und Plätze, 9000 Mark für Straßenbeleuchtung, 4980 Mark für Kanäle, 6634 Mark mußten nachbewilligt werden. Das „arme" Schönebeck hat ein Vermögen von 1 843 918 Mk., dem stehen 481 316 Mk. Stadtschulden gegenüber. Man führte Klage über das schlechte Pflaster mehrerer Straßen. Da die Sparkasse in diesem Jahre 31 000 Mark Ueberschuß erzielt hat, sollen diese mit eingesetzt werden. Dem Kaninchenzuchtverein wurden zur Stiftung eines Ehrenpreises 10 Mark bewilligt. Für bauliche Aenderungen in der Höheren Mädchenschule wurden 3000 Mark bewilligt. Das königliche Salzamt ersucht den Magistrat um Anschluß an das städtische Wasserwerk für den Moltkeschacht. Die Verwaltung des Schachtes soll zwei Drittel der Kosten und alle Kosten für die Beschaffung und Einbauung des Wassermessers tragen. Die Stadt hat 330 Mark zu tragen, die bewilligt wurden. Die Kohlenlieferung für das städtische Wasserwerk in der Höhe von 10 000 Kilo erhalten je zur Hälfte das Speditionskontor und die Firma F. G. Dümling. Das Speditionskontor verlangte für 10 000 Kilo 134 Mark, F. G. Dümling 124 Mark. Das Material der letzten Arbeitslosenzählung wurde dem Magistrat vom Gewerkschaftskartell zur Verfügung gestellt. Der Referent führte aus: Auf dem städtischen Arbeitsnachweis haben sich 40 Arbeitslose gemeldet. Das Gewerkschaftskartell hat 170 Arbeitslose gezählt, davon sind 107 Arbeiter. Es habe nicht ganz einwandfrei gearbeitet. In Wirklichkeit ist eine so große Arbeitslosigkeit nicht vorhanden. Es können vielleicht 80 Mann arbeitslos sein. Die Not unter den Leuten kann nicht so groß sein. — Erstens stimmt es nicht, daß 170 Arbeitslose gezählt sind. In Nr. 21 der „Volksstimme" heißt es „daß 145 Arbeiter ohne Beschäftigung sind". Außer diesen 145 wurden dem Magistrat noch 25 Zählkarten zugestellt von Leuten, die mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten. Sind denn Maurer, Dachdecker usw. nicht arbeitslos, wenn sie keine Beschäftigung haben? Die Zahl der Arbeitslosen war aber eine viel größere, denn viele Arbeiter scheuten sich, den Zählern ihre Arbeitslosigkeit einzugestehen. Der Herr Referent hat wahrscheinlich noch keine Not kennen gelernt, sonst würde er nicht so leicht über die Eingabe hinweggegangen sein. Da dieser Punkt nur zur Kenntnisnahme stand, so entstand darüber keine Debatte. —

Staßfurt, 17. Februar. (Freiwilliger Tod.) Der sehr bekannte Tischlermeister Alexander Diesing hat in der letzten Nacht seinem Leben selbst ein Ende gemacht. —

Thale, 17. Februar. (Gemeindevertreter-Sitzung.) Zum Abschluß des Vertrags mit der preußischen Justizverwaltung wegen Abhaltung von Gerichtstagen in Thale gibt die Vertretung ihre Zustimmung. Die Materialpreise des Wasserwerks sind von der Gesellschaft für 1910 ermäßigt worden. Der Antrag des Schützenvereins auf Befreiung von der Erhebung eines Standgeldes durch die Gemeinde anläßlich des geplanten Unterharzer Schützenbundes-Schießens wird abgelehnt. Von dem Standgelde sollen 25 Prozent an die Gemeindekasse abgeführt werden, außerdem ist die übliche Vergnügungssteuer zu entrichten. Von der Einführung einer Billettsteuer wird Abstand genommen, nachdem sich Genosse Schinkel gegen die Besteurung der gewöhnlichen Billette gewendet hatte. Zur Einführung einer Wertzuwachssteuer unterbreitet der Vertreter Dessauer eine Vorlage. Im Prinzip erklärt man sich mit der Einführung einverstanden, obwohl einige Vertreter der Ansicht sind, daß für Thale bei dieser Steuer nicht viel zu holen ist. Die Vorlage wird einer Kommission überwiesen. Das Kurhaus soll an den bisherigen Wirt ab 1. April 1911 unter den alten Bedingungen mit 3000 Mark Pacht pro Jahr auf 2 Jahre verpachtet werden. Bei diesem Punkte entspinnt sich eine eingehende Debatte über die Rentabilität, Lebensfähigkeit und Verwaltung des Kurhauses. Festgestellt wird, daß die Gemeinde der Erbauer des Kurhauses ist, und daß Grund und Boden der Gemeinde gehört. Der Bau des Kurhauses kostet ohne Grund 197 750,20 Mark. Eine Verzinsung des Kapitals ist bei der gegenwärtigen Verpachtung ausgeschlossen. Genosse Schinkel führt an, daß in der Bürgerschaft eine berechtigte Erbitterung gegen die Erbauung des Kurhauses vorhanden sei und daß die Erhöhung der Steuern doch auf diesen Bau zurückzuführen sei; er bezweifelt auch eine spätere Rentabilität. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß den Steuerzahlern gegenwärtig keinerlei Lasten aufgebürdet würden, weil alle Ausgaben für das Kurhaus aus den Einnahmen der Kurverwaltung gedeckt würden. So soll auch die Pachtsumme des Wirtes alljährlich an erster Stelle an die Gemeindekasse für Verzinsung des Kapitals gezahlt werden. In der ganzen Sache, die an Unklarheit nichts zu wünschen übrigläßt, soll in der nächsten Sitzung ein genaues Protokoll über Verwaltung und Aufsichtsrecht des Kurhauses festgelegt werden. In dem Protokoll über die Rechnungsabnahme der Gemeindekasse, der Kurhausbaurechnung und Kurverwaltung sind über 40 Punkte beanstandet. Der Vorsitzende erklärte sich außerstande die sehr erheblichen Monitas in der heutigen Sitzung beantworten zu können. Beschlossen wird, in der nächsten Sitzung die Rechtfertigung des Gemeindevorstehers entgegenzunehmen und in die Debatte darüber einzutreten. Der Kommission muß eingeräumt werden, daß sie mit dieser Prüfung eine umfangreiche Arbeit geleistet hat, die dazu angetan ist, manche Dinge in Zukunft zu verhüten. Trotzdem fanden sich einige Vertreter, die die Arbeit durch ironisches Lächeln und allerlei Bemerkungen als minderwertig hinstellen wollten. Genosse Schinkel fragte noch an, ob es richtig ist, daß der entlassene Gemeindesekretär Sondermann Gelder unterschlagen hat, und wie hoch die Summe ist. Erklärt wurde, daß direkte Unterschlagungen nicht vorliegen, daß aber einige Fehlbeträge später abgeliefert sind. Es soll in der Sache eine genaue Untersuchung noch stattfinden. Die Tagesordnung war viel zu stark belastet. Auf den Antrag Schinkels soll in diesem Monat eine zweite Sitzung stattfinden. —

— (Das „Tageblatt" und die Straßendemonstration.) Die Tante in der Hubertusstraße kann es nicht unterlassen, einfältige Berichte über unsre Wahlrechtsveranstaltung zu bringen. In Nr 38 wird denunziert, daß die Leitung der Versammlung die Demonstranten durch die Straßen geführt habe. Zugegeben wird, daß die Teilnehmer den Anordnungen der Polizei zum Auseinandergehen in der Heinburgstraße Folge geleistet haben. Trotzdem folgt nun in Nr. 39 folgender Bericht:

> Zu den sozialdemokratischen Kundgebungen am Sonntag muß nochmals mit besonderer Betonung bemerkt werden, daß die Polizei den Schreiern und Lärmmachern gegenüber möglichste Zurückhaltung bewahrt und überhaupt die größte Besonnenheit bewiesen haben. Sollten sich solche Umzüge wiederholen, so würde die Bürgerschaft damit zu rechnen haben, daß die Aufsichtsbehörde Maßnahmen treffen muß, die unter Umständen gegeben sind, der Bürgerschaft Geld zu kosten.

Mit einem Male sind also die ruhigen und besonnenen Demonstranten Schreier und Lärmmacher. Die Arbeiter werden dem Tageblättchen die Antwort auf diese Beschimpfung erteilen. Die Drohung, daß bei der nächsten Demonstration die Behörde andre Maßnahmen trifft, gemeint ist jedenfalls die Heranziehung von Militär, wird die Arbeiter nicht abhalten, ihre Pflicht zu tun. Feststellen wollen wir nur, daß die hiesigen Bürger andrer Meinung sind. In allen Kreisen der Bevölkerung hat man sich geradezu gefreut über die Ruhe und Besonnenheit der Demonstranten. Wäre die Polizei im Auftrag des Amtsvorstehers Schönermark nicht auf dem Plan erschienen, wären auch die beiden Festnahmen nicht erfolgt. Der Störenfried in dieser Sache war auch hier wieder wie an so vielen Orten die Polizei. Alle Arbeiter von Thale und Umgegend, die noch Abonnenten des „Tageblattes" sind, werden von nun an eine Zeitung abonnieren, in der sie nicht beschimpft werden, sondern welche ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen vertritt, das ist die Magdeburger „Volksstimme". —

Wernigerode, 17. Februar. (Stadtverordneten-Sitzung.) Die Jagd im Neustädter Hau wurde auf die Dauer von 12 Jahren zum jährlichen Pachtpreis von 3200 Mark verpachtet. Genosse Bartels fragt an, ob der durch das Wild verursachte Schaden nicht größer sei als das Ergebnis der Verpachtung, es wäre angebracht gewesen, wenn der Magistrat der Versammlung vor der Verpachtung Gelegenheit gegeben hätte, diese Frage gründlich zu diskutieren. Dem Landwirtschaftlichen Verein werden anstatt der gewünschten 600 Mark deren 300 bewilligt für den Fall, daß während des diesjährigen Viehmarktes eine Tierschau stattfindet. Zur Fertigstellung bereits begonnener Wege im städtischen Forste werden 600 Mark und für Wegeanlagen am neuen Wasserwerk 1200 Mark bewilligt. Gegen die Bezeichnung Notstandsarbeiten wandte sich Genosse Bartels, da man darunter höchstens solche Arbeiten verstehen könne, die nicht zwingende Notwendigkeit seien, diese Arbeiten seien aber angebracht, im übrigen könne er auch sagen, daß die Arbeiter nicht allein Vorteile davon hätten, sondern auch die Anwohner, so z. B. die Fuhrleute. 240 Mark werden für die Aufstellung der Gebäudesteuerrollen bewilligt. Für die von der Polizei Lutherstraße benannte Verbindungsstraße zwischen der Friedrichstraße und Wüstenteichen, an der die neue Hasseröder Kirche gelegen ist, werden 3800 Mark zur Pflasterung des Gehwegs gefordert. Stadtv. Hinze beantragt, auch gleichzeitig die Summe für die Pflasterung oder Chaussierung des Fahrdamms zu bewilligen. Dagegen wendet sich Genosse Bartels mit der Begründung, daß eine Anzahl älterer Straßen, z. B. die Frankenfeldgasse, noch nicht gepflastert seien, es deshalb unangebracht sei, die neuste Straße vollständig herzustellen. Der Antrag Hinze wird abgelehnt und die Summe zur Herstellung des Gehwegs bewilligt. Ohne Debatte werden dann noch 360 Mark zur Instandsetzung des Gehwegs am Teichdamm bewilligt. Hierauf erstattete Stadtv. Uflacker den Bericht der Kommission zur Errichtung eines Elektrizitätswerks. Die Kommission habe als Resultat verschiedener Sitzungen und Besichtigungen einzelner Werke sich zu dem Antrag entschlossen, die Versammlung möge zunächst 2000 Mark bewilligen zur Erledigung der nötigen Vorarbeiten, um so gewissermaßen eine Grundlage zu schaffen, auf der dann weitergearbeitet werden könne. Der Oberingenieur Sturm, der als Sachverständiger zu Rate gezogen werden soll, soll mit dieser Summe die Vorarbeiten ausführen. In der längeren Debatte sprachen sich die Stadtvv. Mayer und Müntinga gegen die Errichtung des Werkes in der jetzigen Zeit aus, da die Geschäftsleute und Handwerker infolge des wirtschaftlichen Niedergangs in Mitleidenschaft gezogen seien und Steuerrückgänge unausbleiblich seien. Für den Antrag der Kommission sprachen unter andern auch die Genossen Bartels und Fricke, wobei der letztere darauf hinwies, daß bei einer öffentlichen Versammlung, in der viele Detaillisten anwesend gewesen seien, keine Stimme gegen die Errichtung des Werkes laut geworden sei. Die 2000 Mark werden alsdann bewilligt. Eine Anzahl Etats werden vertagt. —

10 extra billige Schuhtage!

Beginn 8500

Donnerstag den 17. Februar

Dauer bis Sonntag den 27. Februar.

Von einer bedeutenden Schuhfabrik kaufte ich einen grossen Lagerposten **Herren-, Damen- u. Kinder-Schuhwaren.** Diese werden in meinem Schuhhaus Halberstädt. Str. 114/115

zu ganz fabelhaft billigen Preisen verkauft.

Ein Posten **Roßleder-Schnür- u. -Knopfschuhe** 27—35 . . . . nur **2.25**

Ein Posten **Wichsleder-Schnürschuhe** 36—43 nur **3.50**

Ein Posten **Damenstiefel** 5.50 4.90 u. **3.90** — Ein Posten **Herren- u. Knabenstiefel 4.90**

Konfirmanden-Stiefel für Mädchen 10.50 8.50 7.50 **5.90**

Konfirmanden-Stiefel für Knaben . . . 8.50 7.50 **5.50**

Herren-Zugschuhe kräftiger Arbeiterschuh, **Prima Prima Bodenmaterial,** Spiegelrossblatt . . . . sonst 7.50 **jetzt 4.00**

Creme Dose sonst 20 Pf., **jetzt 2** Dosen **25** Pf., **10** Dosen **1.00** Mk.

Auf sämtliche Winterwaren, Filzschnallenstiefel, Filzsocken solange noch Vorrat **20% Rabatt 20%**

Schuhhaus **Eugen Tamm** Sudenburg Halberstädter Straße 114/115

Arbeiter-Bildungs-Ausschuß Magdeburg

1. Lichtbilder-Vortrag

des Herrn Professor **Dr. Volbehr**

Die Kulturgeschichte des Zimmers

am Donnerstag den 24. Februar 1910 im großen Saale des Etablissements **Luisenpark,** Spielgartenstr. 1c.

Beginn des Vortrags abends pünktlich 8½ Uhr

Preis der Karte 25 Pfg.

Karten sind zu haben bei sämtlichen Gewerkschaften, in der Buchhandlung Volksstimme und an der Abendkasse.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

2974 **Der Ausschuß.**

Hochfein. jütl. Angelschellfisch, Kabeljau, Rotzungen, ff. Lachs im Ausschn., täglich frische Räucherwaren billigst.

3398 **Kieler Fischbörse**

Halberstädter Straße 40.

Lehrling f. meine Sattlerei ges.

Rud. Pauseivang, Breitew. 11b

Sudenburg Jeden Donnerstag **Schlachtfest**

1682 Empfehle **ff. Wurstwaren** eign. Schlachtung

Auguste Reinhardt, Langerweg 11

Schulartikel

empfiehlt die

Buchhandlung Volksstimme.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verwaltung Magdeburg.

Bureau: Knochenhauerufer 27/28. Fernsprecher 404.

Versammlungen finden statt:

Sonnabend den 19. Februar, abends 8½ Uhr

Bezirk **Neue Neustadt** im Lokal des Herrn **Koppehl,** Fabrikenstraße 5/6.

Bezirk **Sudenburg** im Lokal des Herrn **Thiel,** St.-Michael-Straße 16.

Bezirk **Westerhüsen-Salbke** im Lokal des Herrn **Alex Hoffmeier** in Westerhüsen.

Sonntag den 20. Februar, nachmittags 3½ Uhr

Bezirk **Ottersleben** im Lokal der Frau Witwe **Strumpf,** Breite Straße 18.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. **Vortrag.** 2. **Verbandsangelegenheiten.** 3. **Verschiedenes.**

Referenten sind: Genosse August Fabian, Kollege Otto Frenzel und Gustav Faust.

Die Kollegen werden ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß das Mitgliedsbuch zwecks Ausübung der Kontrolle über den Versammlungsbesuch mitgebracht werden muß. **Die Verwaltung.**

Rothensee.

Telephon Nr. 655.

Sonntag den 20. Februar, von nachmittags 4 Uhr an, im Lokal des Herrn Ernst Herrmann

Gr. Turner-Kappenfest und Ball

Für Unterhaltung während der Kaffeepause ist bestens gesorgt. Nur durch Mitglieder eingeführte Gäste haben Zutritt.

Um freundlichen Zuspruch bittet **Der Vorstand.**

Fahrradhaus Frisch-Auf E. G. m. b. H.

Magdeburg.

Bilanz am 31. Dezember 1909.

Aktiva.	Mk.	Passiva.	Mk.
An Waren-Konto	5498.19	Per Guthaben-Konto	975.50
„ Inventar-Konto	1213.00	„ Darlehns-Konto	4990.00
„ Werkzeug-Konto	922.00	„ Kautions-Konto	2200.00
„ Kassa-Konto	1218.78	„ Reservefonds-Konto	1614.45
„ Sparkassen-Konto	3000.00	„ Kontokorrent-Konto	103.40
„ Kautions-Konto	95.00	„ Reingewinn	4563.61
„ Kontokorrent-Konto	2500.00		
Summa	14448.96	Summa	14446.96

[illegible] bei Gründung der Genossenschaft . . 14 Mitgl. Neu eingetreten . . 39 — Bestand 53 Mitgl. Ausgesch. am Schlusse des Geschäftsjahrs —

Die Haftsumme beträgt 53×30 Mk. . . = 1590.00. Geschäftsguthaben bei Gründung . . . . 205.00. Eingezahlt und gutgeschrieb. i. Geschäftsjahr 770.50. Geschäftsguthaben am 31. Dezember 1909 975.50

Der Vorstand.

Albert Böhm. Karl Fröhlich. Alwin Petermann.

Vorstehende Bilanz wurde von uns geprüft und mit den Büchern in Uebereinstimmung gefunden.

Magdeburg, den 25. Januar 1910. 3491

Der Aufsichtsrat.

J. A.: **Die Revisions-Kommission.**

Andreas Ernst. Emil Kretschmar. Paul Wille.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Magdeburg.

Bureau: Gr. Münzstraße 3, 1 Tr. — Telephon-Anschluß Nr. 1912. Sprechstunden nur wochentags am Vormittag von 9½ bis 12 Uhr, am Nachmittag von 5 bis 7 Uhr.

Versammlungen finden statt:

Sonnabend den 19. Februar, abends pünktlich 8½ Uhr

Bezirk **Diesdorf** im Lokal des Herrn **Köppe.**

~~Bezirk **Lemsdorf** im Lokal des Herrn **J. Cäsar.**~~

Bezirk **Groß-Ottersleben** im Lokal der Witwe **Hoppe.**

Bezirk **Wilhelmstadt** im oberen Saale des **Luisenparks.**

Auf der Tagesordnung der Versammlungen steht: **Vortrag, Stellungnahme zur Generalversammlung und Verschiedenes.**

Referenten sind: für Lemsdorf Louis Hähnsen, für Wilhelmstadt Alwin Undentsch. Der erstere spricht über „Arbeitsnachweise in Händen der Unternehmer", der letztere über „Das Mietrecht". In den übrigen Versammlungen haben die Bezirksleiter das Referat übernommen.

Am Sonntag den 20. Februar, vormittags 10¼ Uhr

Generalversammlung

sämtlicher zur Verwaltungsstelle Magdeburg gehörenden Bezirke und Branchen

im großen Saale des **Luisenpark,** Spielgartenstr.

Tagesordnung:

1. Geschäfts-, Kassen- und Revisionsbericht.
2. Neuregelung des Versammlungswesens.
3. Antrag des Gewerkschaftskartells, den Beitrag von 50 Pf. auf 80 Pf. pro Mitglied und Jahr zu erhöhen.
4. Verschiedenes.

Die Generalversammlung beginnt diesmal eine halbe Stunde früher. Wir kommen damit einem lange gehegten Wunsche der Tausende unserer Kollegen nach, welche die Generalversammlungen besuchen und den Schluß derselben auf eine frühere Zeit gelegt sehen wollen als bisher. Damit ist die Garantie gegeben, daß die obige Generalversammlung einen noch stärkeren Besuch als die vorhergehenden aufweisen wird.

Kollegen, macht Propaganda für starken Besuch!

Das Rauchen ist in der Generalversammlung zu unterlassen.

Im Sterbeanmeldung ist das Heft 190 fällig.

Mit Gruß **Die Verwaltung.**

Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuchs.

Burg. Burg.

An die in der Handschuhbranche beschäftigten Arbeiterinnen.

Freitag den 18. Februar, abends 8½ Uhr, im „Hohenzollernpark"

Oeffentl. Versammlung

Tages-Ordnung:

Wie stellen sich die Arbeiterinnen zu den Arbeitgebern, die die Vereinbarungen noch nicht anerkannt haben?

3506 **Die Lohnkommission.**

Achtung! Olvenstedt. Achtung!

Am **Sonntag den 20. Februar** veranstaltet der

Arbeiter-Gesangverein „Freundschaftskreis"

ein

Kappenfest

verbunden mit **Bockbierfest.** 3485

Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.

Hierzu ladet ergebenst ein **Das Komitee.**

Stadt-Theater.

Freitag den 18. Februar

Anf. 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.

5. Abend (rote Karten).

Mignon.

Große Oper in 3 Akten v. Thomas.

Sonnabend den 19. Februar

Im Paradiese Mohammeds.

Wilhelm-Theater

Freitag den 18. Februar

Benefiz für **Viktor Oberrenner**

Neu einstudiert

Der Bettelstudent.

Sonnabend den 19. Februar

Die geschiedene Frau.

Sonntag nachmittag

Das Fürstenkind.

Abend

Wiener Blut.

Montag den 21. Februar

Die Förster-Christl.

Nur noch 3 Tage!

Hagenbeck's

größte Raubtier-Dressurschau der Erde.

Magdeburg, Zirkusgebäude.

3491 Telephon 690.

4 Geschwister Leamy

prolongiert!

Die Direktion zahlte eine Konventionalstrafe von 3000 Mark, um die[illegible] prolongieren zu können.

Neu! Neu!

Clown Armando mit seinem boxenden Känguruh, dem bestdressierten Affen der Welt und seinen 3 [illegible]

Der Wasserrutsch der Eisbären

aus der höchsten Höhe des Zirkus in ein eigens dazu erbautes Wasserbassin.

[illegible] **Massenvorführungen** von **Raubtiergruppen** sowie die übrigen **erstklassigen Attraktionen.**

Sonnabend und Sonntag [illegible] Vorstellungen.

Vorverkauf nur für Abendvorstellungen bei **C. Jacobs,** [illegible]

Vom 10. Februar an wohne

Wolfenbüttl. Str. 13, p. r.

Frau Siedt, Hebamme.

Konsum-Verein für Quedlinburg u. Umg.

Am Sonntag den 20. Febr. nachm. 3 Uhr im Kaiser Friedrich

Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht vom 1. [illegible]
2. Vorlegung des Geschäftsabschlusses.
3. Geschäftliches. 3481

J. A.:

Hermann Greß, Vorsitzender.

:: **Benneckenbeck** ::

Kuhnerts Restaurant

Sonnabend den 19. Februar

Lumpen-Abend

Hierzu ladet freundlichst ein

3480 **F. Kuhnert.**

Walhalla-Theater

Neuer Spielplan!

Das Liebesparadies

Operetten-Burleske i. 2 Akten

Neue Spezialitäten!

Vorzugskarten gelten.

Gesellschaftshaus z. Krone Moldenstr. 43/45

Sonntag den 20. Februar

Gr. Studentenball mit Bockbierrummel

Alles muß lachen! **Kappen gratis!** Anf. nachm. 4 Uhr

Hierzu lade ich alle Freunde von Humor ein. 3312

H. Suhro.

ELDORADO

Große Junkerstraße 12.

Täglich Varieté-Vorstellung.

Anfang abends 8 Uhr. Anfang abends 8 Uhr.

Gustav Alex,

der beliebte Magdeburger Humorist.

Grosse internationale

Herren-Ringkampf-Konkurrenz

um folgende Preise:

I. Preis: 1 goldene Medaille u. 300 Mark in bar,

II. Preis: 1 große silberne Medaille und 150 Mark in bar,

III. Preis: 100 Mark in bar.

Freitag ringen:

Gerigkoff (Magdeburg) gegen **Ruthen** (Holland)

Milo (Italien) gegen **Borowski** (Ostpreußen)

Pitlinski (Polen) gegen **Carpini** (Toskana)

Beginn der Ringkämpfe 10 Uhr

Im Kabarett: Heitere Vorträge

ZENTRAL-THEATER

Stürmischer Erfolg!

Eine

Harems-Nacht.

The Riogokus

Imper.-Japanese-Artistes

und weitere

11 Schlager 11

Kl.-Ottersleben. Sozialdemokr. Verein

Sonnabend den 19. Februar, abds. 8½ Uhr, beim Genossen Schütze

Versammlung

Tages-Ordnung: 3485

1. **Vortrag.** Referent: Genosse **Fr. Köster.** 2. **Kassenbericht.** 3. **Gemeindevertreterwahl.** 4. **Maifeier.** 5. **Verschiedenes.**

Da in diesem Jahre die erste Versammlung tagt, erwarten wir einen zahlreichen Besuch der Genossen und Genossinnen. Auch Gäste ist der Zutritt gestattet. **Der Vorstand.**

Lemsdorf Arbeiter-Radfahrerverein

Sonntag den 20. Februar cr. im Lokal des Herrn J. Cäsar

Großes Kappenfest

Anfang nachm. 4 Uhr 3479 **Anfang nachm. 4 Uhr**

Es ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Fürstenhof-Theater.

Dir. Müller-Lipart

Eing. Prälatenstr.

3. groß. Familien-Theater-Abend!

Die lust. Witwe

Der Hund von Baskerville.

Das Mädchen aus dem Volke.

Vorzugskarten 1681 **gelten,** dann Eintritt nur 20 Pf.

Stephanshallen

Dir. Rich. Froherz

— **Abends 8 Uhr** —

Varieté-Vorstellung

Streng dezentes Programm für Familien-Publikum

— **Gegen die Wahlrechtsvorlage** sprach sich am Dienstag abend eine Versammlung der hiesigen Vereinigung der Beamten im öffentlichen und im Privatdienst aus. Man forderte die Beseitigung aller Privilegien und die Einführung eines gleichen und geheimen Wahlrechts. Wie eine Dirne unter Kontrolle gestellt werde besonders auch die Beamtenschaft durch eine öffentliche Stimmabgabe. Ein Redner meinte, durch die Regierungsvorschläge würden Empörung und Erbitterung hervorgerufen und Situationen geschaffen, in denen es dazu kommen könne, daß die Bajonette in Aktion treten. —

— **Gewährung einer laufenden Beihilfe von 2000 Mark an den Hausfrauenverein.** Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung folgende Vorlage unterbreitet: Seit Jahren bildet der hiesige Hausfrauenverein junge Mädchen zu Handarbeits- und Hauswirtschafts-Lehrerinnen aus, die zum Teil auch an unsern Schulen Beschäftigung finden. Da vorläufig eine anderweite Gelegenheit zur Ausbildung solcher Lehrerinnen in Magdeburg noch fehlt, wird durch die genannte Einrichtung eine Lücke in den hiesigen Unterrichtsanstalten ausgefüllt. Durch die neuen Bestimmungen über die Ausbildung der technischen Lehrerinnen sind dem Hausfrauenverein bedeutende Geldopfer auferlegt worden, weshalb er uns um Gewährung einer laufenden jährlichen Beihilfe zu den Kosten der Schule gebeten hat. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Schule des Hausfrauenvereins einem tatsächlichen Bedürfnis entspricht, haben wir beschlossen, vom 1. April d. J. ab dem Hausfrauenverein eine laufende jährliche Beihilfe von 2000 Mark aus Sparkassenüberschüssen widerruflich so lange zu gewähren, bis für die in Rede stehenden Unterrichtszweige von der Stadt selbst — durch Einrichtung der Frauenschule usw. — gesorgt werden wird. Als Gegenleistung wollen wir uns ein gewisses Aufsichtsrecht vorbehalten und an die Gewährung der Beihilfe folgende Bedingungen knüpfen: 1. der Vorstand des Hausfrauenvereins gestattet, daß ein Vertreter des Magistrats eventuell unter Zuziehung von Fachmännern jederzeit dem theoretischen wie dem praktischen Unterricht der Seminare beiwohnt. 2. Der Vorstand verpflichtet sich, auf Wunsch des Magistratsvertreters die von ihm angeregten Fragen und Vorschläge in einer Vorstandssitzung zur Beratung zu stellen. Zu dieser Sitzung sind die unter 1 genannten Herren zuzuziehen und rechtzeitig, mindestens 8 Tage vor der Sitzung einzuladen. 3. Dem Magistrat ist von dem Vorstand eine Abschrift des Sitzungsprotokolls einzureichen. 4. Der Vorstand hat dem Magistratsvertreter den Lehr-, Stoffverteilungs- und Stundenplan der Seminare einzureichen sowie etwa erlassene Verfügungen der königlichen Regierung, soweit sie die beiden Seminare betreffen. 5. Der Zuschuß kann jederzeit zurückgezogen werden. —

— **Achtung, Arbeiterjugend!** Am Sonntag den 27. d. M., finden in den Stadtteilen Bezirksversammlungen statt, worauf wir jetzt schon hinweisen wollen. Demnächst findet dann ein größerer Ausflug statt. Am kommenden Sonntag (am 20. d. M.) steht der Jugend wie üblich der Holtzsche Saal, Tischlerkrugstraße 22, zur Verfügung.

— **Das Museum für Natur- und Heimatkunde,** Domplatz 5, ist jetzt, außer Montags, von 11—2 Uhr und von 3—5 Uhr geöffnet. Sonntags von 11—2 Uhr. —

— **Kunstverein.** Der Oberlichtsaal hat einen neuen Ausstellungs-Inhalt bekommen: Professor Albert Haueisen und Professor Adolf Rettelbusch haben große Kollektionen ausgestellt, außerdem ist ein großes Gemälde von Professor Karl Pauzer, das sich im Besitz der Verbindung für historische Kunst befindet, zur Schau gestellt. Plastische Arbeiten sandten Alex Kraumann und Ph. Kittler. —

— **Erfolgreiche Berufung in einem Streikprozeß.** Der Arbeiter Richard John zu Buckau, geboren 1885, wurde vom Schöffengericht am 17. Dezember 1909 wegen öffentlicher Beleidigung in Verbindung mit dem Vergehen gegen § 152 und 153 der Gewerbeordnung zu vier Wochen Gefängnis verurteilt, den Beleidigten auch die Publikationsbefugnis im „Central-Anzeiger" zugesprochen. Im August 1909 herrschte in der Wolffschen Fabrik zu Salbke ein Streik, an dem der Angeklagte mitbeteiligt war. Am 7. August abends wollten die Streikenden im Stillerschen Lokal zu Fermersleben eine Versammlung abhalten, und hatten sich draußen aufgestellt. Als drei Arbeitswillige vorübergingen, wurden ihnen Schimpfwörter nachgerufen. John soll „Streikbrecher!" gerufen haben. Er hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt und bestritt, geschimpft zu haben. Nach nochmaliger Verhandlung stellte die Kammer zwar die öffentliche Beleidigung, nicht aber auch das Vergehen gegen die Gewerbeordnung fest, hob deshalb das Urteil auf und erkannte auf fünf Tage Gefängnis sowie auf die Publikationsbefugnis von zwei Beleidigten. —

— **Bäckergesellenversammlung.** Eine äußerst stark von weit über 200 in hiesigen Kleinbäckereien beschäftigten Gesellen besuchte Versammlung fand am Dienstag in „Richards Festsälen" statt. Sie war vom Gesellenausschuß einberufen, um einmal über die wichtigsten Fragen im Bäckerberuf, als da sind Beseitigung des Kost- und Logiszwangs und des Ruhetages zu reden, damit der Gesellenausschuß Richtlinien zur Vertretung der Interessen der Kollegenschaft vor der Innung habe. Die Diskussion war eine äußerst rege. Besonders Genosse Mache kritisierte scharf das kulturfeindliche mittelalterliche Entlohnungssystem und präzisierte kurz den Standpunkt der Organisation in dieser Frage. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung stellte sich auch eine Reihe andrer Redner auf den gleichen Boden. Folgende Resolution wurde mit großer Majorität angenommen: „Die Versammlung erklärt, daß sie es als die wichtigste Aufgabe der allernächsten Zeit betrachtet, das Kost- und Logissystem im Hause des Meisters zu beseitigen, und zwar deswegen, weil die Versammelten dieses System als unkulturell und fortschrittsfeindlich ansehen, das jeder gesunden Entwicklung unsres Berufes hindernd im Wege steht. Die Versammelten beauftragen den Gesellenausschuß, sich unverzüglich mit der Leitung des Bäckerverbandes und der andern Gesellenvereine in Verbindung zu setzen, zwecks gemeinsamen Vorgehens in dieser so wichtigen Frage. Gleichzeitig verpflichten sich aber alle anwesenden Kollegen, durch festen Zusammenschluß im Bäcker- und Konditorenverbande, dem Gesellenausschuß festen Rückhalt zu gewähren."

Ueber die Umwandlung der Ortskrankenkasse in eine Innungskrankenkasse referierte Genosse Mache, der es vor allem aufs schärfste verurteilte, daß der damalige Gesellenausschuß einem solchen reaktionären Machwerk, wie der vorliegende Statutenentwurf ist, seine Zustimmung geben konnte. An der Hand dieses Entwurfs wies Redner nach, daß überall nur das Minimalste, was nach dem Gesetz gewährt werden muß, darin enthalten sei, ja, daß bei der Sterbeunterstützung z. B. in völlig ungesetzlicher Weise noch unter die Mindestgrenze herabgegangen sei. Die Selbstverwaltung wird den Mitgliedern natürlich vollkommen genommen. Lebhafter Beifall bewies auch hier, wie die Gesellen über diese neuste Entrechtung denken. In der Diskussion versuchten einige Redner das Verhalten des früheren Gesellenausschusses zu verteidigen. Nach einer kurzen Diskussion über verschiedene andre berufliche Fragen wurde die interessante Versammlung mit einem Hoch auf die deutsche Bäckerbewegung geschlossen. —

— **Warnung!** Aus verschiedenen Orten wird berichtet, daß seit einiger Zeit Personen versuchen, der Arbeiterschaft sogenannte Haussegen mit Bildern von Bebel usw. aufzuschwatzen. Sie berufen sich auf bekannte Parteigenossen und erzählen dem Publikum, daß die Partei an dem Verkauf beteiligt sei. Wir bemerken hierzu, daß die Parteiorganisation mit dem Vertrieb nichts zu tun hat, und warnen die Arbeiterschaft vor dem Ankauf derartiger wertloser Gegenstände. Den bevorstehenden 70. Geburtstag Bebels nehmen diese Art Reisenden besonders als willkommenen Anlaß, um „Haussegen" mit Bebels Bild an den Mann zu bringen. —

— **Warnung vor einem Betrüger.** Anfang d. M. hat in Frankfurt a. M. ein Betrüger auf Grund gefälschter Quittungen Beiträge für den Frauen- und Krippenverein gesammelt. Der Täter (anscheinend Kaufmann) ist 25 bis 30 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß, schlank, hat dunkelblondes Haar, blonden hochgestellten Schnurrbart, blasses, mageres, verlebtes Gesicht, tiefliegende Augen, trägt braunen, weichen Hut, grünlich-gelben Ueberzieher, Stehumlegekragen, blaue, gehäkelte Krawatte und weißen Kragenschoner. Vor dem Betrüger wird gewarnt, auch ersucht die Kriminalpolizei um Nachricht, falls er hier eintreffen sollte. —

— **Flüchtiger Bierkutscher.** Nach einer Mitteilung aus Leopoldshall ist von dort gestern der Bierkutscher Robert B. nach Unterschlagung von etwa 300 Mark flüchtig geworden. B., der mit einem Begleiter von Kalbe a. S. nach hier gefahren sein soll, ist 28 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß, hat blondes, ziemlich langes Haar, blonden Schnurrbart und war bekleidet mit Mütze, blauem Kittel und brauner Manchesterhose. Sein Begleiter soll gleichfalls einen blauen Kittel tragen. Die gestern bereits hier angestellten Nachforschungen nach den beiden waren erfolglos. —

— **Diebstahl.** In der Nacht zum 16. d. M. sind aus einem verschlossenen Keller in der Königgrätzer Straße mittels Einbruchs eine Wringmaschine und fünf Flaschen Rotwein und am 16. gegen 12½ Uhr nachmittags von einem Handwagen in der Georgenstraße ein braunes Paket, enthaltend 25 kleine Pakete Kaffee-Essenz, gestohlen worden. —

Warum müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen neben der Gewerkschaft auch dem Sozialdemokratischen Verein als Mitglieder angehören?

Weil der Sozialdemokratische Verein die politische Macht des Proletariats verkörpert, die sich widerspiegelt in der Tätigkeit der Sozialdemokratie im Reichstag für den Schutz und die Erweiterung der gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterschaft.

Die Bestimmung, daß die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins bei der Polizei angemeldet werden müssen, besteht nicht mehr.

— **Ueberfahren.** Von einem schweren Unfall wurde am Mittwoch abend um 8¾ Uhr auf dem Sudenburger Güterbahnhof der Bahnsteigschaffner Paul Schönberg, Fichtestraße 16 wohnhaft, betroffen. Der Unglückliche geriet beim Ueberschreiten der Gleise unter einen Güterzugwagen, dessen Räder über die Beine Schönbergs gingen. Der Schwerverletzte wurde nach dem Altstädter Krankenhaus gebracht. —

— **Einen schweren Unfall** erlitt am Mittwoch nachmittag im Krupp-Grusonwerk der Arbeiter Karl Most aus Groß-Ottersleben. Durch plötzliches Zerreißen des Kranseils stürzte die im Hochwinden begriffene Last herab und auf den Kopf des darunter stehenden Most. Mit schweren Verletzungen wurde der Verunglückte nach der Krankenanstalt Sudenburg gebracht. —

— **Von der Feuerwehr.** Am Donnerstag vormittag um 11 Uhr entstand im Hause Kaiserstraße 33 ein Schornsteinbrand, der von einem Kommando der Hauptwache beseitigt wurde. — Um 11¼ Uhr am Donnerstag vormittag entstand im Hause Bernburger Straße 5 ein Kellerbrand, der noch vor dem Eintreffen der Feuerwehr von Hausbewohnern gelöscht werden konnte. —

— **Zirkus Hagenbeck.** Nur noch bis Sonntag dauern die Vorstellungen in Hagenbecks Raubtier-Dressurschau. Am Mittwoch fanden wieder zwei Vorstellungen statt, die sich eines guten Besuchs erfreuten. Erstaunliches boten die vier Geschwister Leamy. Wenn die Direktion ihre Leistungen als „geradezu phänomenal" bezeichnet, so können wir uns dem nur anschließen und wünschen, daß die letzten Tage noch recht volle Häuser bringen mögen. Auch die Vorführungen der einzelnen Raubtiergruppen fanden lebhaften Beifall. Besonders gefiel der Wasserrutsch der Eisbären aus höchster Höhe des Zirkus. Für die nötige humoristische Unterhaltung sorgten die Clowns Thaler und Richard. —

— **Zentraltheater.** Gespannter Erwartungen voll waren am Mittwoch abend die Besucher des Zentraltheaters. „Eine Haremsnacht" sollte an ihnen vorüberziehen in all ihrem Glanze, ihrer Pracht und ihrem sinnberückenden Schimmer. Die Erwartungen sind nicht getäuscht worden. Ein Drama spielt sich in den geheimnisvollen Haremsräumen ab und die Schönste der Haremsschönen stirbt unter den brutalen Fäusten eines Verschmähten. Sie ist tot und — doch nicht tot! Die Lösung aber wollen wir nicht verraten, um den Theaterbesuchern unter unsern Lesern nicht die Illusion zu rauben. Das akrobatische Element ist diesmal überreichlich vertreten. Vorzüglich sind vor allem die Leistungen der japanischen Akrobatentruppe, Kiogoku-Family. Auch die 5 Raytons können sich sehen lassen. Die Konzertsängerin Therese Dolschal erntete reichen Beifall. Geschickt in ihren Darbietungen sind Georges Vitos mit seinem Lumpen-Kolossal-Gemälde und der Musikphantast Clown Corwen. Die Schauspielsängerin Willie Walden ist, sicher zur Freude vieler Besucher, prolongiert worden. Eins — das beste ihrer Vortragsstücke läßt uns erschauernd einen Blick in die Tiefen des Lebens tun. Sinnberückend und reizend ist Mlle. Malbar in ihren verschiedenen Tänzen. Willy Prager und die Patty-Frank-Truppe vervollständigen das Programm, das aber ohne sie auch kaum leiden würde. —

Konzerte, Theater, Sport ꝛc.

(Mitteilungen der Direktionen.)

* Städtische Konzerte. Am Mittwoch den 23. d. M. findet im „Fürstenhof" das nächste Konzert des städtischen Orchesters unter Leitung des Musikdirektors Krug-Waldsee statt. Zur solistischen Mitwirkung sind die Konzertsängerin Elisabeth Müller-Fuchs von hier und der Konzertmeister Albert Petersen, Violoncello, vom städtischen Orchester gewonnen. —

* Stadttheater. Auch bei der zweiten Aufführung unsrer Operettennovität „Im Paradiese Mohammeds" war die Aufnahme so beifallsfreudig, wie am ersten Abend. Am Sonnabend findet die nächste Aufführung statt. Da die Aufführungen der Operette „Miß Dudelsack" am Sonntag ihren Abschluß finden, sei auf diese letzte Vorstellung des beliebten Werkes noch einmal hingewiesen. Die Schauspielnovität, „Tantris der Narr", welche am Montag zum erstenmal in Szene geht, wird Oberregisseur Vogeler in Szene setzen. Die Titelrolle, eine der interessantesten Aufgaben und Lieblingsrolle von Joseph Kainz, spielt Herr Mühlhofer. —

* Stadttheater. Anfang April findet im Brunksaal des „Fürstenhofs" ein Frühlingsfest zugunsten des „Singchors" und des Ballettkorps des hiesigen Stadttheaters statt. Konzert und bunter Abend sind ausgestattet von den Damen Frau Pönsgen-Gutheim, Frau Elb, Frau Ollner, Frl. Mothes, Frl. Jakobs, Frl. Berka, Primaballerina Fräulein Sedlmayer und den Damen Fräulein Carsen sowie von den Herren Pierre de Meyer, Schade, Charles, Seebach, Riering und Radow. Besonders ist zu erwähnen, daß dies zugleich das Abschiedskonzert der Frau Elb ist, da dieselbe mit dieser Saison aus dem hiesigen Ensemble ausscheidet. Nach dem Konzert findet ein zwangloser Ball statt. —

* Wilhelm-Theater. Die neue Operette des erfolgreichen Komponisten vom „Jungfernstift", Herrn Jean Gilbert, betitelt sich „Die keusche Susanne". Die erste Aufführung soll bereits am Sonnabend den 26. d. M. stattfinden. Das Libretto ist von dem bekannten Schriftsteller Herrn Georg Okonkowski, nach dem französischen Le Fils à Papa (von Mars und Desvallieres) bearbeitet worden. Die beiden Autoren treffen in den nächsten Tagen hier ein um den letzten Proben beizuwohnen. —

* **Fürstenhof-Theater.** Heute findet im Fürstenhoftheater der dritte große Familien-Theaterabend statt. Vorzugskarten gelten und sind gratis in der Buchhandlung Volksstimme zu haben. —

Militär-Justiz.

Kriegsgericht der 7. Division.

Magdeburg, 17. Februar.

Gefährliche Körperverletzung. Der Musketier Oppermann, 11. Komp. 165. Inf.-Regts., gab zu, in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober d. J. im angetrunkenen Zustand in Halberstadt mit einem Kameraden zwei Zivilisten, die er mit zwei andern verwechselt hatte, mit einem Stocke körperlich mißhandelt zu haben. Unter Annahme mildernder Umstände wurde der Angeklagte zu 10 Mark Geldstrafe ev. 2 Tagen Gefängnis verurteilt. —

Degradation. Im Anschluß an eine Verurteilung, die der Unteroffizier der Landwehr 2. Aufgebots August T. aus Fermersleben, zurzeit Schreiber, wegen Betrugs vom Schöffengericht in Rixdorf erhalten hatte, soll er nachträglich zur Degradation verurteilt werden. Der Angeklagte bittet, die Degradation nicht auszusprechen, da er hofft, vom Kaiser begnadigt zu werden. Das Gericht spricht trotzdem zuzüglich zu dem ersten Urteil die Degradation aus. —

Wegen Fahnenflucht im Komplott, Preisgabe von Dienstgegenständen, schweren Diebstahls, Beilegung eines falschen Namens u. a. hat sich der Musketier Paul Lühr, 7. Komp. 27. Inf.-Regts., aus Sangerhausen, von Beruf Modelltischler, zu verantworten. Er gibt zu, nach vorheriger Verabredung mit dem inzwischen abgeurteilten Musketier Sperling am 28. September vorigen Jahres seine Truppe in Halberstadt in der Absicht verlassen zu haben, sich dauernd seiner Dienstpflicht zu entziehen. Während Sperling am andern Tage freiwillig zurückkehrte, wanderte Lühr weiter, arbeitete kurze Zeit an verschiedenen Orten, wurde aber wegen Mangels an Ausweispapieren immer wieder entlassen. Er hat sich dann durch Betteln und Diebstahl zu erhalten versucht, bis er im Dezember in Göttingen abgefaßt und nach Magdeburg transportiert wurde. Der Angeklagte, der wegen Diebstahls mehrfach vorbestraft ist, ist in vollem Umfange geständig. Als Ursache der Fahnenflucht gibt er an, daß er ohne Zubuße gewesen sei und sich geärgert habe, wenn seine Kameraden Wurst und andres gehabt hätten und er sein Geld für Putzzeug ausgeben mußte. Der Strafantrag lautet auf zweieinhalb Jahre Gefängnis, 4 Jahre Ehrverlust und Entfernung aus dem Heere. Das Urteil lautet dem Antrage gemäß. Der Angeklagte nimmt die Strafe an. —

Letzte Nachrichten.

Kuhhandel.

SPb. Berlin, 17. Februar. (Eigner Drahtbericht der „Volksstimme".) In der Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses wurde über die von den Nationalliberalen beantragte Aufhebung der Drittelung verhandelt. Dafür sind nur die Freikonservativen. Der Sprecher der Freisinnigen erklärte, daß er gegen den Antrag stimmen werde, obgleich die Freisinnigen sonst damit einverstanden seien. Sie wollen aber die Arbeiter nicht noch mehr entrechten. Nachdem die Regierung erklärt hatte, daß sie weder für noch gegen den Antrag sei, wurde er mit 20 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Zur Maximierung der Steuern beantragen die Freikonservativen, die Steuern über 2000 Mark nicht mitzurechnen. Durch die Annahme dieses Antrags würden die Agrarier begünstigt werden. Die Maximierung wird mit 5000 Mark angenommen.

Zu dem Antrag der Nationalliberalen, in die erste Klasse mindestens 1/10, in die zweite Klasse 2/10 der Wähler zu überweisen, beantragen die Freisinnigen 2/10 und 3/10 zu setzen. Der Antrag der Freisinnigen wird abgelehnt, weil das Zentrum sich der Stimme enthielt.

Es liegen noch eine Reihe von Anträgen vor, so einer der Konservativen, der die Wiederherstellung des alten Dreiklassenwahlrechts verlangt. —

Von der sparsamen Marineverwaltung.

SPb. Berlin, 17. Februar. (Eig. Drahtb.) Die Budgetkommission des Reichstags setzte heute die Beratung über die Marineverwaltung fort. Mit Rücksicht auf den Freispruch in der Kieler Werftaffäre verlangt die Kommission die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen die beteiligten Beamten. Der Staatssekretär erklärte sich einverstanden, ob aber ein solches Verfahren Erfolg haben werde, sei zweifelhaft. Man müsse den Schuldigen erst haben, bevor man ihn hänge. Da die Unterschlagungen sich auf eine Million Mark belaufen, müssen nach Ansicht der Kommission auch Schuldige da sein. Genosse Severing ergänzte seine Angaben über die Unredlichkeiten auf der Danziger Werft und über die versenkten Wertgegenstände. In der vergangenen Nacht seien vier Patronenhülsen im Werte von je 24 Mark bereits herausgefischt worden. —

SPb. Berlin, 17. Februar. (Eigner Drahtbericht der „Volksstimme".) In der Wahlprüfungskommission des Reichstags wurde heute die Wahl des Zentrumsabgeordneten Mayer (Pfarrkirchen) in Bayern für ungültig erklärt. —

* Mülheim am Rhein, 17. Februar. Die Reichstagsstichwahl im Wahlkreis Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach zwischen Oberlandesgerichtsrat Marx (Zentrum) und Schriftsteller Dr. Erdmann (Sozialdemokrat) ist auf den 26. Februar festgesetzt. —

* Köln, 17. Februar. Wie der „Kölnischen Zeitung" aus Bonn gemeldet wird, ist durch einstimmigen Beschluß des Akademischen Senats die Mitte November verhängte Suspension des Korps Borussia mit dem 28. Februar aufgehoben worden. —

Hd. Kolberg, 17. Februar. Der Oberst Geyer, bisher Oberstleutnant in Kolberg, wurde gestern vom Oberkriegsgericht in Kolberg wegen Verbrechen gegen § 176 zu drei Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt. —

*** Petersburg, 17. Februar. Der Untersuchungsrichter Burzew, der nach Kasan zur Aufklärung der Unterschleife bei der Intendantur gesandt war, ist plötzlich dort gestorben. Es geht das Gerücht, Burzew sei vergiftet worden. —**

Briefkasten.

B., Schönebeck. Der offizielle Bericht genügt uns. —

Wahlrechtsdemonstrant in Sch. 1. Nein. 2. Nein. —

Th. Sch. in Sch. 1. Von 1903 zu 1904. 2. 1905. —

A. Sch. 1. Die Herrschaft ist dazu verpflichtet. 2. Sie können solche Ansprüche stellen. Voraussetzung ist natürlich, daß Sie den Sachverhalt richtig angegeben haben. —

Wettervorhersage.

Freitag den 18. Februar: Unruhig, wolkig; sehr mild; Regen.

Frische Eier

Eier

ganz frische Ware aus neuer Produktion

3 Stück 20 Pfg. mit 10 % Rabattmarken

Mandel 100 Pfg. mit 10 % Rabattmarken

die Mandel = netto 90 Pf.

Wurstwaren aus eigner Fabrik

ff. Rotwurst I Pfund **100** Pfg. mit **10** % Rabattmarken
ff. Rotwurst II Pfund **85** Pfg. mit **10** % Rabattmarken
ff. Leberwurst Pfund **110** Pfg. mit **10** % Rabattmarken

Waren-Verein

G. m. b. H.

Kolonialwaren - Grosshandlung.

Verkaufsstellen:

Altstadt:
Kaiserstrasse 46a
Kaiserstrasse 101
Schrotdorfer Str. 1
Berliner Strasse 27
Blumenthalstrasse 1
Johannisberg 15a
Peterstrasse 14
Kleine Storchstr. 6
Gr. Steinernetischstrasse 10b
Altes Fischerufer 44

Nordfront:
Gutenbergstrasse 13
Pfälzerstrasse 15

Friedrichstadt:
Cracauer Strasse 8

Buckau:
Schönebecker Str. 96
Coquistrasse 11
Neue Strasse 7
Sudenburger Str. 4
Dorotheenstrasse 2

Sudenburg:
Leipziger Strasse 65
Kurfürstenstrasse 27
Fichtestrasse 40
Wolfenbüttler Str. 19
Hesekielstrasse 2
Braunschweig. Str. 1
Halberstädter Str. 72
Helmstedter Str. 57

Alte Neustadt:
Agnetenstrasse 20
Moldenstrasse 36
Rothenseer Strasse 1

Neue Neustadt:
Luisenstrasse 22
Morgenstrasse 18
Hundisburger Str. 1
Umfassungsstrasse 15

Wilhelmstadt:
Lützowstrasse 12
Ebendorfer Strasse 4
Immermannstr. 33
Annastrasse i. Eckh. Gr. Diesdorf. Str. 217

8503

Das Gemüse

schmeckt köstlich bei Verwendung der beliebten Delikatess-Margarine-Marken

Siegerin

oder

Mohra

die in Geschmack, Aroma und Verdaulichkeit feinster Molkereibutter gleichkommen.

Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:
A. L. MOHR G. m. b. H.
ALTONA-BAHRENFELD.

Spottbillig sofort zu verkaufen: 1 Schreibtisch 30 M., ein prachtv. Speisezimmer-Büfett 60 M., eine Salon-Garnitur 65 M., 1 Ausziehtisch 20 M., 1 Trumeau 26 M. 1 Plüschsofa 35 M., 1 Motorrad, 1 Musik-Polyphon, 1 Uhr, Lampe, Teppich, 2 Portieren. **Heiligegeiststraße 7, 1. Etage.** 3286

1 tücht. Stepperin sowie ein **flotter Absatzglaser,** bei exakter Arbeit dauernde Beschäftigung und guter Verdienst, per sofort gesucht
Schuhfabr. Strausberg Vater & Co. 3387

Reißzeuge empfiehlt Buchhandl. Volksstimme.

Eine Wohnungs-Einrichtung 3456 bestehend aus: Stube, Kammer, und Küche, ist sofort für den Spottpreis von **300 Mk.** zu verkaufen nebst Teppich, Uebergardinen, Gardinen usw., auch ist die **Wohnung** für 68 Taler an junge Leute zu vermieten.
Lorenz 17 Peterstraße 17 — Hof parterre —

3353

Alle Sorten 3351

frische Fische!

Bekannt billigst!

Prima Elbinger Neunaugen

seitenes Angebot Dose 25 Stück nur **2.50**

Sonnabend eintreffend: **Fischfuttermehl** für **Hühner,** höchste u. größte Eierproduktion, lukrative Mast für Schweine Zentner **15.00** 10 Pfd. **1.65,** 2 Pfd. **35** Pf.

Fettbücklinge . . Kiste **1.20** 40 Stück Inhalt . . . **1.25** | **Echte Kieler Sprotten** Kiste nur **62** u. **50** Pf.

Allerfeinste Delikatess-Bratheringe
Dose ca. 24 Fische 4½ Pfund schwer, nur **85** Pf. — Dose ca. 14 Fische nur **58** Pf.

Echt Berliner Rollmops . . 4-Liter-Dose **1.65**

Außergewöhnlich spottbilliges Angebot
500 Dosen Ia. russische Delikateß-Sardinen
in hocheleganten blau emaillierten Patentdosen, sehr angenehm zu öffnen und zu schließen, ca. 8 Pfd. schwer . . . . . nur **98** Pf.

Feinste Ostsee-Bismarckheringe ca. 4½ Pfund schwer **1.19**

Billigste Bezugsquelle für Restaurateure und Wiederverkäufer.

Fischgrosshandlung
Aug. Richter — Magdeburg — nur Breiteweg 89/90
Tel. 2953 ☐ Mehrfach prämiiert

Möbeltransport für Stadt und Land per Bahn ohne Umladung empfiehlt
Wilhelm Eigenwillig jun.
Sudenburg, Halberstädt. St. 100.
Persönliche Ausführung. [3415

Für Brautpaare!
Komplette mußb. Wohnungs-Einrichtungen 275 Mk., hochelegante selbstgefertigte echt mußb. Ausstattungen 400 Mk., einzelne Ersatzstücke spottbillig. 3478
Kheil, Braunehirschstr. 10.

Die feinsten
Herren-Anzüge 10—15 Mark
Boxcalf-Stiefel für Damen u. Herren
— das Feinste was es gibt solange der Vorrat reicht
6 Mark pro Paar 3298
Francke, Kl. Junkerstraße 10.

Möbel! Plüsch- u. Stoffsofa, birk. u. kieferne Kleiderschränke, Pfeilerschränke, Bettstellen, Matratzen, Spiegel, Tische, Stühle, Trumeau.
Beinhorn, Helmstedter St. 21, I.

Sofort billig zu verkaufen mehrere **gute, saubere Betten**
Fürstenufer 20, 4 Treppen links, Vorderh., Nähe Hasselbachpl. 3187

Älterer, möglichst verheirateter tüchtiger 3489
Fahrrad- und Nähmaschinen-Reparateur
gesucht. Diese Stellung ist bei **höchstem Lohn angenehm und dauernd,** jedoch wollen sich nur solche Kräfte melden, die an ein gewissenhaftes und peinlich sauberes Arbeiten gewöhnt sind und jede Garantie für geleistete Arbeit übernehmen.
Rich. Kruse
Lübecker Straße 103
Motorfahrzeuge, Fahrräder, Nähmaschinen.

Malerlehrling sucht **Heinrich Kunze** Schmarsleben.

Die Städteordnung

für die

6 östlichen Provinzen der preußischen Monarchie

erläutert von Paul Hirsch

Preis geb. 3.00 Mk. Preis geb. 3.00 Mk.

empfiehlt

Buchhandlung Volksstimme, Gr. Münzstr. 3.

Junge Mädchen zum Weißnähen und Zuschneiden gegen wöchentl. Vergütung sucht sofort eintr. b. **Grope,** Breiteweg 8[illegible]. **Malerlehrling** 3493 **Großmann,** Lübowstr. 15.

Sie vergrößern Ihren Umsatz in Zigarren

sobald Sie meine **beliebten Spezialmarken** zum 5- und **6-Pf.-Verkauf** einführen.

5-Pf.-Zigarren à Mille 34—38 Mark
6-Pf.-Zigarren à Mille 40—48 Mark

Kein Risiko, da nicht passende Ware zurücknehme. Proben à 100 Stück zum Selbstkostenpreis, auch unterhalb 500 Stück durch per Nachnahme. 3172

Otto Schmid, Magdeburg
Zigarren, Zigaretten und Tabak en gros
Regierungsstraße 10. Fernsprecher 4379.

Fleisch-Offerte!

von

A. Bosse

Große Münzstraße 14

Aelteste u. größte Spezial-Fleischhdl. Magdeburgs

Fernruf 4983 3505 Fernruf 4983

Kalbfleisch		Pfund von	50 ₰ an
Rindfleisch,		Pfund nur	75 ₰
Rindfleisch,		Pfund nur	55 ₰
Schweinefleisch		Pfund	40—80 ₰
Rinderleber Pfund 70 ₰, Herz Pfund 45 ₰, Niere Pfund 55 ₰			
Frisches Gänse		Pfund 30 ₰, bei 5 Pfund nur	25 ₰
Kalbsköpfe	30—40 ₰	Kalbslungen (m. Herz)	45 ₰
Ochsenschwanz	Pfd. 55 ₰	Rinderkaschen	2 Pfd. 30 ₰
Kalbszungen	Pfd. 85 ₰	Rindslunge	Pfd. 15 ₰

Verkaufstage:

Mittwoch, Freitag, Sonnabend

Möbel

Ausnahme-Angebot!

Komplette
Wohnungs-Einrichtung
als nußbaum 3444
Wohn- und Schlafzimmer sowie farbige Küche zum
Gesamtpreis von nur 230 Mark
8 Georgenstraße 8
Magdeburger Möbel-Magazin!